

ALTE GRENZEN NEUE GEFAHREN



D2030

2035

Wenn der rechte Rand die Zukunft prägt
Szenarien und Kipppunkte



Alte Grenzen Neue Gefahren 2035

Wenn der rechte Rand die Zukunft prägt
Szenarien und Kipppunkte

Herausgegeben von
D2030 Deutschland neu denken e.V.

Inhalt

Einführung: Zwischen neuen Horizonten und alten Grenzen.....	Seite 6
Methodisches Vorgehen.....	Seite 10
 Die Landkarte der Zukunft.....	 Seite 11
Wie die Erosion unserer liberalen Demokratie aussehen könnte	Seite 12
Die vier Grundszenarien	Seite 12
Zukunfts-Landkarte und weitere Kerndimensionen.....	Seite 13
Die acht Einzelszenarien im Überblick	Seite 15
Zwischenfazit	Seite 16
 Die Szenarien	 Seite 17
Szenario 1: Bollwerk Demokratie	Seite 18
Szenario 2A: Das süße Gift von rechts	Seite 22
Szenario 2B: Alles außer Regierung	Seite 26
Szenario 3A: Ein wenig mehr rechts, bitte	Seite 30
Szenario 3B: Lasst sie mal machen	Seite 34
Szenario 4A: Freiheit von Recht(s)	Seite 38
Szenario 4B: Aktive Opposition gegen regressive Regierung	Seite 42
Szenario 4C: Jenseits von Demokratie und Freiheit	Seite 46
 Parteienverbot als demokratischer Selbstschutz	 Seite 50
 Übergänge und Kipppunkte im Szenarioraum: eine Übersicht	 Seite 52
 Die Ergebnisse.....	 Seite 53
Acht Thesen zur Zukunft der liberalen Demokratie:	
Ergebnisse der Studie »Alte Grenzen – Neue Gefahren 2035«	Seite 54
 Literatur	 Seite 56
D2030-Missionswerkstatt	Seite 58
Impressum	Seite 59
Autor:innen	Seite 59

tisch instrumentalisiert wird. Dabei macht sie Überforderung, Kontrollverluste und Verteilungskonflikte erzählbar und moralisch aufladbar.

Wie kollektive Vergangenheitssehnsüchte in Situationen gesellschaftlicher Unsicherheit ein erhebliches Radikalisierungspotenzial entfalten können, ist mittlerweile recht gut erforscht (u.a. Boym, 2001; Bauman, 2017 sowie weitere Literatur im Anhang). Anhand des folgenden Stufenmodells lässt sich die brisante Verbindung von Nostalgie und Radikalisierung veranschaulichen:

- **Zumutungen und Kontrollverluste** (Stufe 0): Am Anfang stehen harte und weiche Überforderungserfahrungen: materielle Drucklagen (Preise, Wohnen, Unsicherheit, Statusverlust), institutionelles Misstrauen (»die kriegen das nicht mehr hin«), Sicherheits- und Ordnungskonflikte (real oder als Gefühl) sowie kulturelle Anerkennungsbrüche (»wir zählen nicht«, »wir werden belehrt«).
- **Diffuse Sehnsucht nach Ordnung und Zugehörigkeit** (Stufe 1): Aus Überforderung entsteht eine Suchbewegung nach Übersicht, Stabilität, Normalität, Zugehörigkeit und Handlungsfähigkeit. Hier kann Nostalgie mit ihren diffusen oder vage formulierten Sehnsüchten nach einer vertrauten und vermeintlich besseren Vergangenheit andocken.
- **Narrativisierung** (Stufe 2): Hier wird die diffuse Lage im politischen Diskurs in narrative Muster eingebettet. Es entstehen Narrative von »Verlust«, »Niedergang« oder »Verfall«.
- **Verantwortungszuschreibung** (Stufe 3): Rechtspopulistische und autoritäre Bewegungen nutzen solche Narrative, um klare Verantwortungszuschreibungen vorzunehmen – etwa gegenüber politischen Eliten (»die da oben«), Minderheiten, Medien, supranationalen Institutionen oder Migrantengruppen (Wodak, 2023). Hier kommt es zu Vereinfachung, Zuspitzung und Mobilisierung über Identität statt Problemlösung.
- **Nostalgie wird politisiert** (Stufe 4): Nun erscheint die Vergangenheit nicht nur als besser, sondern wird zum moralischen und normativ verbindlichen Maßstab. Daraus entstehen exkludierende Forderungen nach einer vermeintlich notwendigen »Rückkehr« oder »Wiederherstellung«. Kriseninszenierungen spielen dabei eine zentrale Rolle. Nostalgie ist hier das »Legitimationskleid« für Maßnahmen.
- **Eskalation und Normalisierung** (Stufe 5): Die nostalgische Erzählung wird Teil eines akuten Bedrohungsnarrativs (»Wenn wir nicht handeln, verlieren wir endgültig unsere Kultur.«), Unsicher-

heitsgefühle durch populistische Kommunikation verstärkt – um schließlich autoritäre Lösungen als einzig wirksame Antwort zu präsentieren (Moffitt, 2016). Die idealisierte Vergangenheit dient dabei als Kontrastfolie, vor der die Gegenwart als besonders chaotisch und gefährlich erscheint. Zugleich wird ein Gefühl moralischer Dringlichkeit erzeugt – der Eindruck, man müsse entschlossen handeln, um den »ursprünglichen Zustand« zu retten. Damit ist der Boden für radikale Lösungsvorschläge bereitet: Autoritäre Rückkehr-Fantasien (»Zurück zu...«), Ressentiments, Ausschluss und kulturelle Reinheitsforderungen sowie eine insgesamt illiberale Politik.

Die Krisenerfahrungen der letzten Jahre, die wachsende soziale Ungleichheit und das Gefühl von Kontrollverlust gelten als Nährboden, auf dem rechtspopulistische und -radikale Bewegungen gedeihen. Umso paradoxer ist es, dass die Wirtschaftsprogramme der meisten rechtspopulistischen Parteien keineswegs den Ärmern in der Bevölkerung zugutekommen, sondern vor allem Spitzenverdiener entlasten. Wie das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung errechnete, würde das Armutsrisiko um 12,9 Prozent zunehmen, sollte die AfD ihr Programm umsetzen können – so viel wie bei keiner anderen Partei im Bundestag. (Deimling, 2025)

Wie populistische und autoritäre Bewegungen die Verunsicherung der Menschen zu nutzen wissen, zeigt sich auch am Beispiel der Klimapolitik. Als Alice Weidel auf dem AfD-Parteitag im Januar 2025 mit dem Satz »Reißt sie nieder, die Windmühlen der Schande« gegen Windenergie polemisierte, griff sie kalkuliert die Wut und Kränkung ihrer Basis auf, die Veränderungen im eigenen Lebensstil zur Eindämmung der ökologischen Krise als eine von vielen Zumutungen empfindet. Statt wissenschaftliche Realitäten des Klimawandels anzuerkennen, wird der klimafreundliche Umbau von Energieerzeugung und Wirtschaft als Teil eines geplanten »Gesellschaftsumbaus« charakterisiert, der Freiheit und Wohlstand bedrohe. (Richter/Ulrich, 2024; Amadeu-Antonio-Stiftung 2022)

Die Gründe, warum sich autoritäre Dynamiken ausbreiten, obwohl es einen offenkundigen Interessengegensatz zwischen rechtspopulistischen Parteien und ihren Wähler:innen gibt, sind vielschichtig. Die Frage, ob der von vielen Menschen erlebte Kontrollverlust Folge eines Anpassungsdrucks an repressive gesellschaftliche Verhältnisse ist, wie von einigen Wissenschaftler:innen diskutiert wird, oder noch andere Ursachen hat, können wir hier nicht beantworten. Wir stellen nur

fest, dass der Rechtspopulismus für viele Menschen offenbar ein hinreichend attraktives Angebot darstellt, um die gefühlte Kontrolle wiederherzustellen – und sei es durch die (zunehmende) Diffamierung und Ausgrenzung von Migranten oder queeren Personen. Vor diesem Hintergrund entstand das ergänzende Projekt »Alte Grenzen – Neue Gefahren 2035«, das sich dezidiert mit einer negativen Seite des Zukunftsraums beschäftigt: der Bedrohung unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung durch rechtspopulistische und rechtsextremistische Kräfte. **Wir wollten wissen: Welche regressiven Entwicklungspfade sind denkbar? Wie könnte die Erosion demokratischer Strukturen aussehen? Und wo verlaufen die Kippunkte, an denen sich Demokratie in Autoritarismus verwandeln könnte?**

Um diese Fragen zeitnah und pointiert zu beantworten, hat die Initiative D2030 in einem systematischen Prozess (siehe »Methodisches Vorgehen« auf Seite 10) acht Szenarien entwickelt, die in dieser Studie vorgestellt werden. Sie skizzieren, welchen Einfluss regressive Kräfte in Deutschland in den kommenden Jahren bekommen und inwieweit sie politisches Handeln prägen könnten.

Ausgehend vom Szenario einer weiterhin stabilen und kooperativen Demokratie werden sieben Gefahrenräume in Form von Szenarien skizziert, die einerseits in sich denkbare Zukünfte darstellen, andererseits aber auch Übergänge hin zu einer autoritär geprägten Gesellschaft darstellen könnten. Für jedes dieser Szenarien lässt sich ableiten, wie es entsteht – aber auch welcher Initiativen es bedürfte, um sich von dort aus wieder in Richtung einer liberalen Demokratie zurückzuentwickeln.

Zwei Begriffsklärungen möchten wir voranstellen (angelehnt an: bpb 2025; BLPB 2025; Flügel 2024):

In der vorliegenden Studie verstehen wir unter »**Rechtspopulismus**« eine politische Strategie, die die demokratischen Spielregeln zwar formal akzeptiert, zugleich aber Grundwerte wie Pluralismus und Minderheitenschutz infrage stellt. Weitere Kennzeichen des Rechtspopulismus sind die Vereinfachung komplexer Probleme, das Anprangern von »Systemversagen« sowie die Konstruktion eines Gegensatzes zwischen dem »Volk« und einer vermeintlich korrupten »Elite«. Nicht zuletzt eine emotionalisierende Kommunikation, die Ängste und Unzufriedenheit in der Bevölkerung schürt. Die Mehrheit der von uns vorgestellten Szenarien bewegen sich innerhalb des rechtspopulistischen Spektrums. Je weiter wir (*real und in der Zukunfts-*

Landkarte, siehe nächstes Kapitel) jedoch nach rechts wandern, desto deutlicher setzen sich in den Szenarien radikale Ansichten und Politikstrategien durch – bis wir am Ende in einem »rechtsextremistischen« Szenario landen. Auch den Begriff »**Rechtsextremismus**« möchten wir an dieser Stelle kurz definieren:

Während der Rechtspopulismus innerhalb des demokratischen Rahmens agiert, lehnt der Rechtsextremismus diesen fundamental ab. Die rechtsextreme Ideologie ist ethnisch-völkisch geprägt und geht von der Überlegenheit der eigenen »Rasse« oder Ethnie aus. Rassistische, antisemitische und migrationsfeindliche Positionen werden offen vertreten, und die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele wird nicht grundsätzlich ausgeschlossen.

Die Szenarien und die von ihnen aufgespannte Landkarte der Zukunft machen deutlich: Die Zukunft der Demokratie ist kein Entweder-oder, sondern ein Kontinuum von Übergängen. Zwischen Verteidigung und Erosion, zwischen Widerstand und Anpassung entscheidet sich, ob die liberale Demokratie erhalten bleibt. Mit dieser Szenario-Studie wollen wir sichtbar machen, wo solche Übergänge verlaufen könnten – und welche gesellschaftlichen Reaktionen notwendig sind, um Freiheit, Rechtsstaat und Pluralismus nicht nur zu bewahren, sondern zu erneuern und zu stärken.

In der nachfolgenden Studie wird zunächst der Möglichkeitsraum in Form einer Zukunftslandkarte beschrieben. Anschließend stellen wir die darin bereits enthaltenen acht Szenarien ausführlicher dar. Dabei werden neben einer Beschreibung der Konfliktraum innerhalb jedes Szenarios durch zwei fiktive Personen aus der Zukunft beschrieben. Außerdem stellen wir dar, wie es zu diesem Szenario kommen könnte und welche Maßnahmen eine Rückkehr zur liberalen Demokratie ermöglichen oder zumindest unterstützen könnten. Abschließend leiten wir aus den Szenarien acht Thesen zur Zukunft der liberalen Demokratie ab und geben Hinweise auf genutzte und weiterführende Literatur.

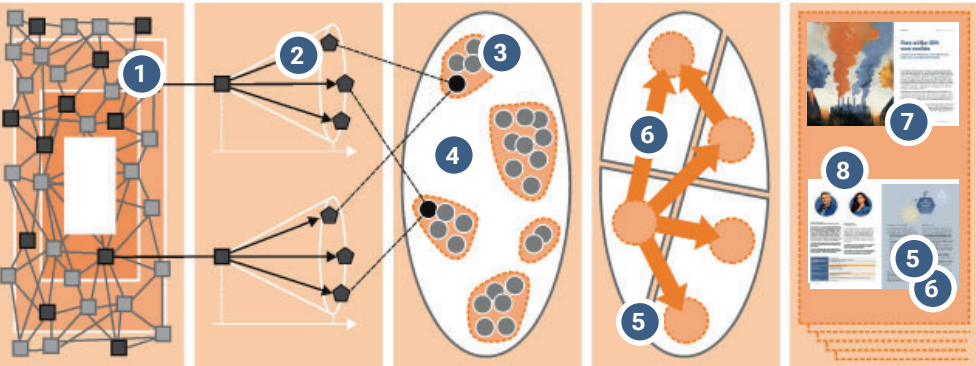
Als Zukunftsforschende fiel und fällt uns die Auseinandersetzung mit dezidiert negativen, kritischen und dystopischen Szenarien nicht leicht – doch sie ist notwendig, aber keineswegs hinreichend. Daher wollen wir noch einmal betonen, wie wichtig der offene Diskurs über positive und motivierende Zukunftsbilder ist. Hier verweisen wir noch einmal auf unsere Studie »Neue Horizonte 2045«.

Methodisches Vorgehen

Die Szenarien im Projekt »Alte Grenzen – Neue Gefahren 2035« entstanden in einem systematischen Zukunftsprozess. Ziel war nicht, eine Prognose zu formulieren, sondern ein möglichst breites Bild plausibler Zukünfte zu entwerfen, die gemeinsam den Möglichkeitsraum für eine regressive Veränderung von Politik und Gesellschaft im Sinne einer Ablösung der liberalen Demokratie bis 2035 beschreiben.

PHASE 1	PHASE 2	PHASE 3	PHASE 4	PHASE 5
Szenariofeld-Analyse	Szenario-Prognostik	Szenario-Bildung	Zukunftsraum-Analyse	Szenario-Beschreibung
Systemanalyse und Auswahl von Schlüsselfaktoren	Entwicklung von alternativen Zukunftsprojektionen	Verknüpfung der Zukunftsprojektionen zu Szenarien	Analyse von Kern-Unterschieden und Kippunkten	Anschauliche Aufbereitung einzelner Szenarien

Abb. 2:
Phasen der
Szenario-
Entwicklung



- 1. Schlüsselfaktoren
- 2. Zukunftsprojektionen
- 3. Szenarien
- 4. Zukunftsraum = Landkarte der Zukunft
- 5. Bruchlinien
- 6. Kippunkte
- 7. Szenario-Beschreibungen
- 8. Szenario-Personas

Ausgangspunkt war eine Analyse politischer, gesellschaftlicher und institutioneller Einflussfaktoren – von der Rolle der Parteienlandschaft bis zu Medien, Justiz, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Diese Faktoren wurden zu sogenannten Schlüsselfaktoren verdichtet. Für jeden dieser Schlüsselfaktoren wurden alternative Zukunftsprojektionen entwickelt – also unterschiedliche denkbare Zustände, wohin sich dieser Faktor in den kommenden Jahren entwickeln könnte.

Eine Konsistenzanalyse prüfte anschließend, welche Projektionen inhaltlich zueinander passen. Mithilfe einer Clusteranalyse wurden Kombinationen von konsistenten Projektionen zu Szenarien verdichtet. Jede dieser Kombinationen beschreibt ein eigenes Zukunftsbild. Die Gesamtheit der Szenarien wurde schließlich in einer »Landkarte der Zukunft« angeordnet. Ähnliche Szenarien liegen auf dieser Karte räumlich nah beieinander, während deutlich verschiedene Szenarien weiter voneinander entfernt sind. So entstand ein »Zukunftsraum«, der Orientierung bietet sowie Übergänge wie Bruchlinien oder Kippunkte sichtbar macht.

Bei der Szenario-Beschreibung kommen auch sogenannte »Szenario Personas« (auch: Future Personas) zu Wort. Dabei handelt es sich um fiktionale, konsistent aus den jeweiligen Szenarien abgeleitete Akteursfiguren. Sie verkörpern typische Lebensbedingungen, Werte, Entscheidungslogiken und Handlungsspielräume innerhalb der jeweiligen Zukunft und dienen als Reflexions-, Analyse- und Kommunikationsinstrument.

Weitere Informationen zur Methodik:



Fink/Siebert: Szenario-Management – Von strategischem Vor- ausdenken zu zukunftsrobusten Entscheidungen. Campus, 2016

Fink/Rammig/Kuhle (Hrsg.): Szenario-Management und Strategic Foresight. Methoden – Anwendungen – Best Practices. Springer, 2026

Die Landkarte
der Zukunft

Die Landkarte der Zukunft

Wie die Erosion unserer liberalen Demokratie aussehen könnte

Die Landkarte der Zukunft im Projekt »Alte Grenzen – Neue Gefahren 2035« stellt acht mögliche politisch-gesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland dar – ein Szenario der konstruktiven Weiterentwicklung der liberalen Demokratie und sieben Szenarien mit unterschiedlichen Stufen illiberaler Tendenzen und autoritärer Transformation bis hin zum autoritären Systemwandel. Diese Szenarien beschreiben, wie Politik, Institutionen und Gesellschaft sich verändern könnten. Zusätzlich werden jeweils zwei fiktive Personen beschrieben, die in diesem Szenario agieren – ebenso wie Kipppunkte hin zu dieser Zukunft und mögliche Wege, um demokratische Kräfte in dieser Zukunft zu unterstützen und Rückwege zur Demokratie zu ermöglichen.

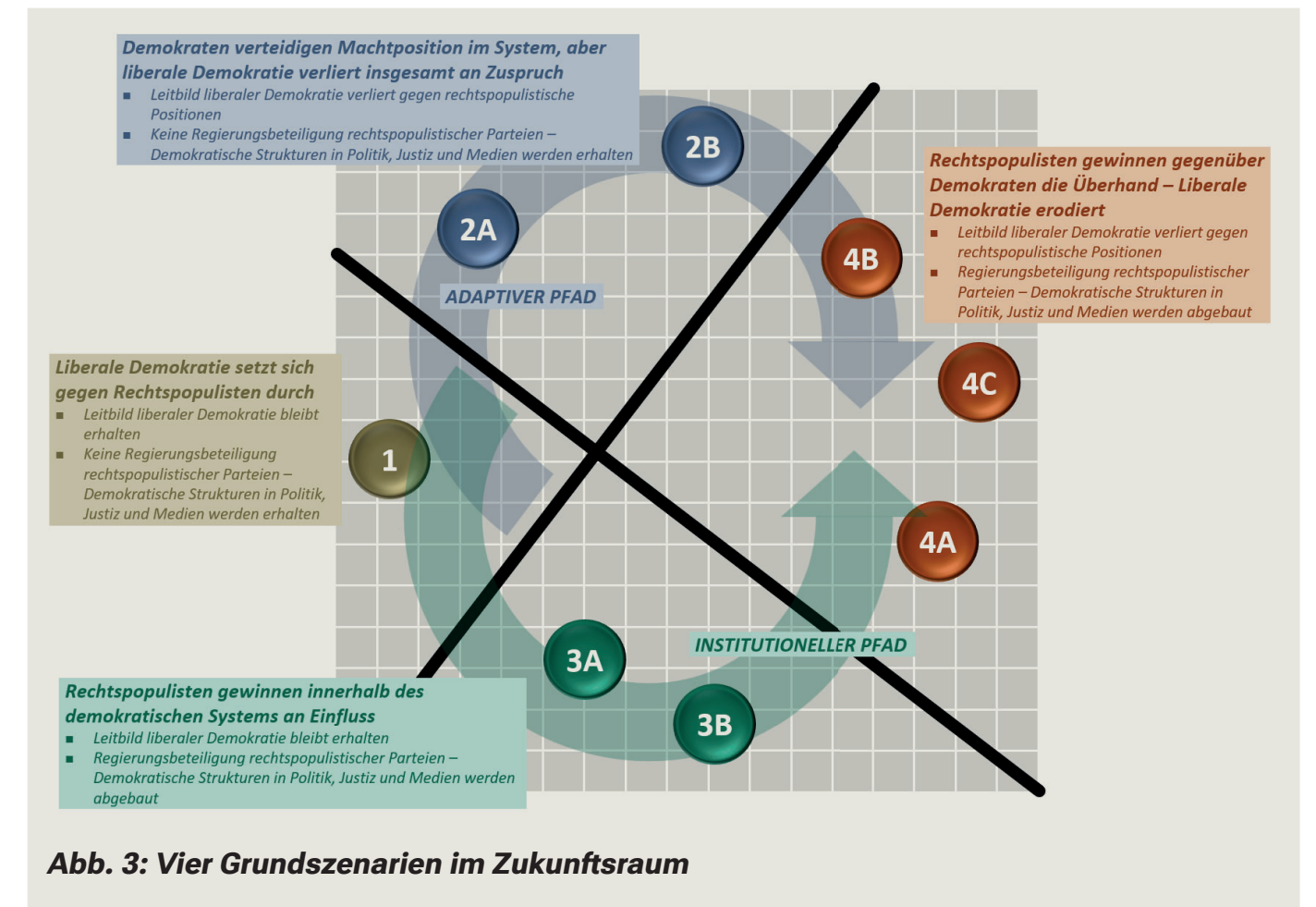
Entsprechend der Methodik des Szenario-Management (siehe Kasten auf Seite 10) wurden systematisch acht Szenarien entwickelt. Sie stellen nicht nur in sich konsistente und glaubwürdige Zukunftsmöglichkeiten dar, sondern spannen in ihrer Gesamtheit auch den »Raum der Möglichkeiten« auf, wie er in der unteren Grafik dargestellt ist. Um diesen Möglichkeitsraum zu verstehen, werden die wesentlichen Unterschiede zwischen den acht Szenarien näher untersucht. Zwei zentrale Unterschiede – sogenannte Kerndimensionen – strukturieren den Möglichkeitsraum:

Demokratische Verankerung (Kerndimension 1): Diese Achse reicht von starker demokratischer Resilienz des politischen Systems (Szenarien 1 & 2) bis zur Erosion demokratischer Strukturen (Szenarien 3 & 4). Sie beschreibt, wie tragfähig Rechtsstaat, Gewaltenteilung und demokratische Kultur sind und bleiben.

Umgang mit Rechtspopulismus (Kerndimension 2): Die zweite Achse zeigt, wie Politik und Gesellschaft auf rechtspopulistische Kräfte reagieren. In den Szenarien 1 und 3 gibt es eine mehr oder weniger klare Abgrenzung von Rechtspopulisten und eine konstruktive Zusammenarbeit innerhalb des demokratischen Spektrums; in den Szenarien 2 und 4 demgegenüber eine Anpassung oder Integration rechtspopulistischer Positionen. Diese Dimension beschreibt eher die institutionelle Ausgestaltung des politischen Systems.

Die vier Grundszzenarien

Die acht Einzelszenarien lassen sich zu vier Grundszzenarien zusammenfassen, die jeweils einen typischen Entwicklungspfad markieren:



Bollwerk der Demokratie (GrundszENARIO 1, ocker)
Hier gelingt es, die liberale Demokratie zu stärken. Parteien, Institutionen und Zivilgesellschaft handeln abgestimmt und mit klarem Bewusstsein für demokratische Werte. Die Mitte bleibt handlungsfähig; populistische Positionen werden argumentativ und institutionell begrenzt.

Schleichende Anpassung (GrundszENARIO 2, blau)
Hier besteht weiterhin eine institutionelle Ausgrenzung der Rechtspopulisten (»Brandmauer«), was allerdings angesichts einer weiterhin starken oder sogar noch gestärkten Position der Rechtspopulisten die Funktionsweise des demokratischen Systems beeinflusst und den Handlungsspielraum der demokratischen Kräfte einschränkt. Da sich gleichermaßen der gesellschaftliche Diskurs nach rechts verschiebt, werden entsprechende Themen gesetzt und demokratische Kräfte geraten in Abhängigkeit vom rechten Rand.

Beteiligte Rechtspopulisten (GrundszENARIO 3, grün)
Hier gewinnen Rechtspopulisten innerhalb des demokratischen Systems an Einfluss. Dazu werden sie direkt an Regierungen beteiligt – entweder auf kommunaler oder Landesebene, als Juniorpartner oder auch in der

Regierungsführung. Der liberale Rahmen bleibt bestehen, doch Justiz, Medienfreiheit und Minderheitenschutz geraten zunehmend unter Druck. Die demokratischen Parteien grenzen sich stärker voneinander ab und eine Polarisierung zwischen »links« und »rechts« prägt die politische Kultur.

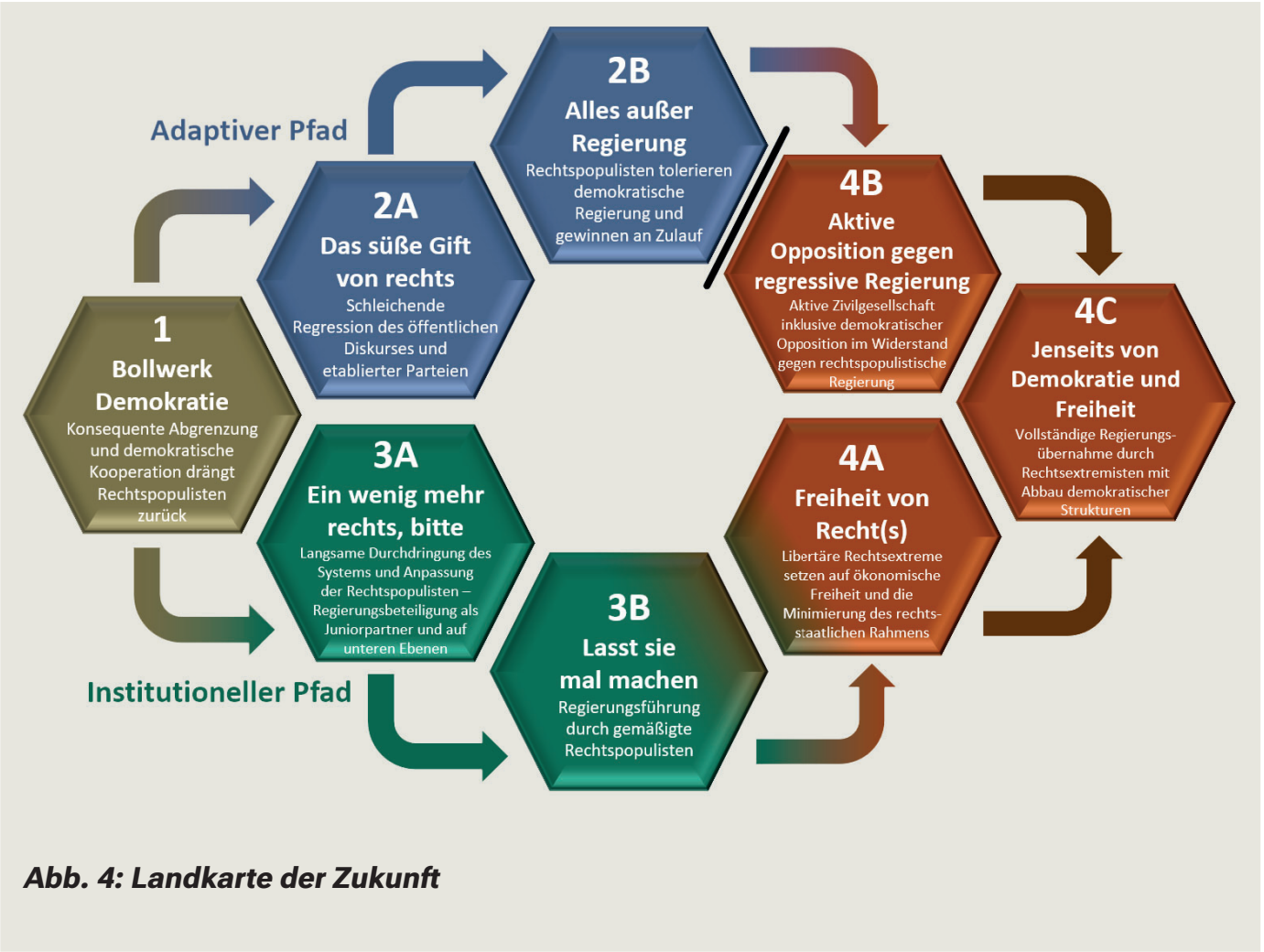
Autoritäre Transformation (GrundszENARIO 4, rot)
Im rechten Bereich des Möglichkeitsraums sind rechts-extreme oder nationalistische Kräfte die dominanten Akteure. Sie kontrollieren staatliche Institutionen, schränken Grundrechte ein und entkernen die liberale Demokratie. Gewaltenteilung, freie Medien und unabhängige Justiz existieren nur noch formal.

Zukunfts-Landkarte und weitere Kerndimensionen

Neben den beiden Hauptunterscheidungen verdeutlichen neun weitere Kerndimensionen die inhaltlichen Unterschiede und Übergänge zwischen den acht Szenarien (siehe Tabelle auf Seite 13). Sie beschreiben, wie sich politische Kultur, gesellschaftliche Dynamik und internationale Verflechtung verändern.

Tabelle 1: Zentrale Unterschiede zwischen den Szenarien (Kerndimensionen)

Kerndimension 1: Demokratische Verankerung	Szenario 1, 3A, 3B: Die Akzeptanz des politischen Systems und der liberalen Demokratie sowie das Vertrauen in die Justiz sind hoch. Rechtsextreme Positionen werden weithin abgelehnt.	Szenario 2A, 2B, 4A, 4B, 4C: Die Akzeptanz des politischen Systems und der liberalen Demokratie erodiert und das Vertrauen in die Justiz nimmt deutlich ab. Rechtsextreme Positionen werden salonfähig.
Kerndimension 2: Institutionelle Einbindung der Rechtspopulisten	Szenario 1, 2A, 2B: In der Gesellschaft gibt es nur eine geringe Akzeptanz für eine Zusammenarbeit demokratischer Kräfte mit rechtspopulistischen Parteien. Daher gibt es keine institutionelle Einbindung in Regierungen und die Justiz ist arbeitsfähig	Szenario 3A, 3B, 4A, 4B, 4C: In der Gesellschaft gibt es eine hohe Akzeptanz für eine Zusammenarbeit demokratischer Kräfte mit rechtspopulistischen Parteien. Daher werden Rechtspopulisten in Regierungen eingebunden – mit der Folge einer nicht mehr vollständig arbeitsfähigen Justiz. In der Wirtschaft gibt es eine zunehmende Unterstützung für Rechtspopulisten.
Kerndimension 3: Einstellung zu etablierten Parteien / »Brandmauer«	Szenario 1, 2A: Die Menschen vertrauen weiterhin vorwiegend den etablierten Parteien, die die Rechtspopulisten institutionell vollständig ausgrenzen (»Brandmauer«). Diesen bleibt lediglich die Beeinflussung des öffentlichen Diskurses.	Szenario 2B, 3A, 3B, 4A, 4B, 4C: Der Vertrauen in die etablierten Parteien ist deutlich gesunken. Diesen gelingt es nicht mehr, demokratische Entscheidungen vollständig ohne Einbezug von Rechtspopulisten zu treffen. Daher verliert die »Brandmauer« an Bedeutung.
Kerndimension 4: Zusammenhalt und Widerstandskraft der demokratischen Kräfte	Szenario 1, 2A, 2B, 4B: Der Zusammenhalt zwischen den demokratischen Parteien ist hoch, verbunden mit einer geringen Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen Parteien. Auch in der Wirtschaft gibt es starke Kräfte, die sich gegen den Rechtspopulismus engagieren.	Szenario 3A, 3B, 4A, 4C: Der Zusammenhalt zwischen den demokratischen Parteien ist gering, auch weil vor allem konservative Parteien zu einer Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen Parteien bereit sind. In der Wirtschaft gibt es kaum Kräfte, die sich gegen Rechtspopulismus engagieren.
Kerndimension 5: Demokratische Mehrheiten und Regierungsführung	Szenario 1, 2A, 2B, 3A: Rechtspopulisten können über Wahlen keine Mehrheiten erlangen. Die Bundesregierung wird weiterhin von demokratischen Parteien geführt.	Szenario 3B, 4A, 4B, 4C: Rechtspopulisten bzw. Rechtsextreme gewinnen im Zuge von Wahlen an Zustimmung und führen die Bundesregierung.
Kerndimension 6: Entfremdung vom System und Disruptionsbereitschaft	Szenario 1, 2A, 3A, 3B: Das demokratische System und/ oder etablierte Parteien bleiben als Ankerpunkte erhalten. Zivilgesellschaftliches Engagement ist weiter möglich.	Szenario 2B, 4A, 4B, 4C: Es kommt zu einer weitgehenden Entfremdung der Menschen vom demokratischen System und zivilgesellschaftlichen Gruppen. Rechtspopulisten bzw. Rechtsextreme können in freien Wahlen hohe Ergebnisse verzeichnen.
Kerndimension 7: Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmigration	Szenario 1, 2A, 3A, 3B, 4B: Die wirtschaftlichen Perspektiven sind eher positiv – verbunden mit einer weiterhin positiven Einstellung zu Arbeitsmigration, so dass Fachkräftemangel aktiv bekämpft werden kann.	Szenario 2B, 4A, 4C: Eine ideologisch getriebene Migrationspolitik führt zu weiterer Abschottung und einem Rückgang von Arbeitsmigration, so dass sich die Gefahr wirtschaftlicher Krisen weiter verstärkt.
Kerndimension 8: Einstellung zu Europa (EU) und Freihandel	Szenario 1, 2A, 2B, 3A, 4B: Deutschland agiert weiterhin pro-europäisch und hält am Ziel einer globalen, regelbasierten Weltwirtschaft fest.	Szenario 3B, 4A, 4C: Die Bundesregierung schlägt einen Anti-EU-Kurs ein und setzt auf signifikante Einschränkungen des Freihandels durch eine protektionistische Politik. Konservative Parteien sind bereit, auch als Juniorpartner in rechten Regierungen mitzuwirken.
Kerndimension 9: Ausrichtung rechter Bewegungen <i>(Szenarien 1 und 3 sind hier ungewiss)</i>	Szenario 3A, 3B: Menschen suchen in starkem Umfang nach Alternativen INNERHALB des demokratischen Systems. Rechtspopulisten schlagen einen gemäßigten Kurs ein und bekennen sich zur Rechtsstaatlichkeit. Das demokratische Spektrum zerfasert in drei Blöcke (Links, Mitte, Rechts).	Szenario 4A, 4B, 4C: Rechte Bewegungen sind zunehmend rechtsextrem oder sogar völkisch-autoritär ausgerichtet. Dabei haben sie eine grundsätzlich kritische Einstellung zum Rechtsstaat – bis hin zu seiner offenen Ablehnung.
Kerndimension 10: Rechtsstaatlichkeit, Wahlen und zivilgesellschaftliche Aktivitäten	Szenario 1, 2A, 2B, 3A, 3B: Das Justizsystem bleibt – trotz etwaiger Mängel bei Arbeitsfähigkeit und Vertrauen – erhalten. Wahlen sind weitgehend frei und zivilgesellschaftliche Aktivitäten höchstens partiell eingeschränkt.	Szenario 4A, 4B, 4C: Mangelndes Vertrauen UND geringe Arbeitsfähigkeit des Rechtssystems haben in die Krise geführt und legitimieren einen autoritär-regressiven Umbau des Justizsystems. Wahlen und zivilgesellschaftliche Aktivitäten werden eingeschränkt.
Kerndimension 11: Völkische Ideologie und Remigration	Szenario 1, 2A, 2B, 3A, 3B, 4A, 4B: Die Regierung agiert weitgehend gewaltfrei. Deutsche Staatsbürgerschaften von Einwanderern bleiben unangetastet.	Szenario 4C: Die Politik der völkisch-autoritären Bundesregierung ist rechtsextremistisch. Sie lehnt den liberalen Rechtsstaat ab UND ist klar anti-europäisch. Sie setzt auf massive Repression und Remigration.



Um die Szenarien sowie die beiden Entwicklungspfade prägnanter beschreiben zu können, wurde aufbauend auf dem statistisch ermittelten Möglichkeitsraum eine Landkarte der Zukunft erstellt (siehe Abb. 4). Sie wird im Weiteren genutzt, um die einzelnen Szenarien zu verorten sowie Übergänge und Kippunkte zwischen den Szenarien zu verdeutlichen.

Die acht Einzelszenarien im Überblick

Die konkreten Szenarien verdeutlichen die beiden bereits zuvor beschriebenen Entwicklungspfade. Ausgangspunkt ist jeweils das Szenario 1 (»Bollwerk Demokratie«), in dem eine konsequente Abgrenzung, klare Kommunikation und enge Kooperation demokratischer Akteure den Rechtsstaat stärken und rechtspopulistische oder rechtsextreme Bewegungen nachhaltig schwächen. Von hier aus ergeben sich zwei unterschiedliche Pfade:

Der adaptive Pfad

Er beginnt mit dem **Szenario 2A** (»Das süße Gift von rechts«). Hier errichten die demokratischen Kräfte eine »Brandmauer« nach rechts. Gleichzeitig kommt es aber zu einer schleichenden Anpassung an rechte Positionen, insbesondere seitens der konservativen Kräfte: Populistische Sprache und Feindbilder sickern in die Mitte ein, das Vertrauen in Institutionen schwindet und rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Parteien gewinnen an Zulauf.

Im **Szenario 2B** (»Alles außer Regierung«) bleiben die Rechtspopulisten diskursprägend und demokratische Kräfte verlieren weiter an Deutungshoheit. Die »Brandmauer« wird zwar noch formal aufrechterhalten, aber Rechtspopulisten können über Tolerierungen immer auch jenseits von Regierungsbeteiligungen an Einfluss gewinnen.

Im **Szenario 4B** (»Aktive Opposition gegen regressive Regierung«) ist der Kipppunkt erreicht: Die rechten Kräfte haben Mehrheiten gewonnen, und die weiter dezimierten demokratischen Kräfte finden sich in der Opposition wieder. Dort organisieren sie sich – getragen von der demokratischen Zivilgesellschaft – im Widerstand gegen die autoritär auftretende Regierung neu.

Der institutionelle Pfad

Er beginnt mit dem **Szenario 3A** (»Ein wenig mehr rechts, bitte«), in dem vor allem konservative Parteien die »Brandmauer« aufgeben. Sie suchen zunächst die punktuelle Zusammenarbeit mit Rechtspopulisten, die sich gemäßigt und staatstragend geben. Das Ergebnis sind Bündnisse auf kommunaler Ebene oder die Beteiligungen der Rechtspopulisten als Juniorpartner auf Landes- oder Bundesebene.

Im **Szenario 3B** (»Lasst sie mal machen«) übernehmen gemäßigte Rechtspopulisten die Führung von Regierungen auf Landes- und auch auf Bundesebene. Formale politische Strukturen bleiben erhalten, aber die politische Kultur verroht.

Im **Szenario 4A** (»Freiheit von Recht(s)«) schlagen die Rechtspopulisten einen deutlich extremeren Kurs ein, in dem sie eine marktradikale Politik mit einer illiberalen Ordnung verbinden: Die Wirtschaft wird stark dereguliert, während gleichzeitig ein Abbau rechtsstaatlicher Kontrolle stattfindet.

Beide Pfade münden schließlich in das **Szenario 4C** (»Jenseits von Demokratie und Freiheit«). Hier übernimmt eine völkisch-autoritär orientierte Regierung die Macht, beschneidet Grundrechte und ersetzt Demokratie durch autoritäre Kontrolle.

Zwischenfazit

Die Landkarte der Zukunft verdeutlicht, dass die Zukunft der Demokratie kein Entweder-oder ist, sondern ein Kontinuum von Übergängen. Zwischen Verteidigung und Erosion, zwischen Widerstand und Anpassung entscheidet sich, ob die liberale Demokratie erhalten bleibt. Diese Landkarte zeigt, wo diese Übergänge verlaufen könnten und verdeutlicht die zentralen Unterschiede zwischen einem adaptiven und einem institutionellen Pfad:

- Beim **adaptiven Pfad** stehen die gesellschaftlichen Narrative, Einstellungen und Kommunikationsmuster im Vordergrund. Hier geht es darum, wie Menschen sprechen, denken und fühlen, welche Themen dominieren, wie über Minderheiten, Zukunft, Fortschritt oder Freiheit gesprochen wird. Der Pfad zeigt, wie sich öffentliche Diskurse verengen oder verhärten können – bis an seinem Ende eine Regierungsübernahme erfolgt und sich die Diskursmuster umkehren.
- Beim **institutionellen Pfad** geht es demgegenüber primär um die formalen Strukturen – also die politischen Institutionen, Rechtsstaatlichkeit, Verfassung, Gewaltenteilung, Parteienlandschaft oder Medienordnung. Dieser Pfad beschreibt, wie die bestehenden Institutionen im Mittelpunkt der Regression stehen könnten – durch Regierungseteiligungen und Regierungsübernahmen.

Die Szenarien



Bollwerk Demokratie

Konsequente Abgrenzung und
demokratische Kooperation drängt
Rechtspopulisten zurück

In Deutschland gelingt es, die liberale Demokratie zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Nach einer Phase politischer Polarisierung besinnen sich die demokratischen Kräfte – von den Konservativen bis zur Linken – darauf, ihre gemeinsamen Grundwerte in den Vordergrund zu stellen. Rechtspopulistische und rechtsextreme Bewegungen verlieren an Einfluss, ihre Diskurse verpuffen zunehmend. Das Parteiensystem bleibt plural, aber kooperationsfähig. Die Justiz bleibt unabhängig, die Medienlandschaft vielfältig und mediale Inhalte weitgehend faktenbasiert. Politische Bildung und Transparenz werden zur Strategie, um Vertrauen zurückzugewinnen. Die ideologische Positionierung rechter Parteien bleibt unscharf. Ihre programmatische Richtung ist offen, allerdings mit latenten Tendenzen zur Radikalisierung an den Rändern.

Gesellschaftlich zeigt sich ein neues Verantwortungsbewusstsein. Bürgerbeteiligung, kommunale Initiativen und Bildungsprogramme fördern Teilhabe und Dialog. Die Wirtschaft bleibt offen und global orientiert, Unternehmen verstehen Demokratie und Menschenrechte als Standortvorteil. Kulturell entwickelt sich ein Klima des Pragmatismus: Vielfalt gilt als Normalität, Populismus als Stil vergangener Tage.

Im Alltag wird Politik wieder erlebbar. Digitale Plattformen sind reguliert, fördern konstruktive Debatten statt Desinformation. Die Gesellschaft steht neuen Technologien aufgeschlossen gegenüber. Diese werden auch für soziale Innovation genutzt, etwa in Verwaltung, Bildung und Mobilität. Deutschland ist 2035 eine stabile, lernfähige Demokratie – widerstandsfähig gegenüber autoritären Versuchungen und Vorbild für eine kooperative politische Kultur.



Anna Lenz (46),
Lehrerin aus Freiburg

Anna unterrichtet an einem Gymnasium und leitet eine Arbeitsgemeinschaft für politische Bildung. Sie hat in den letzten Jahren miterlebt, wie Schulen, Medien und Politik enger zusammenarbeiten, um demokratische Werte zu fördern. Für sie fühlt sich die Zeit nach vielen Jahren der Polarisierung endlich wieder geordnet an – aber nicht autoritär, sondern vernünftig. Sie sieht, wie unterschiedliche Parteien konstruktiv miteinander umgehen, und empfindet das als Zeichen politischer Reife. Privat engagiert sie sich bei einem Bürgerforum, das lokale Integrationsprojekte unterstützt.

»Ich sehe endlich wieder, dass Haltung zählt – dass man Demokratie nicht nur predigt, sondern auch lebt.«

»Man kann unterschiedlicher Meinung sein, ohne die Grundwerte infrage zu stellen. Das macht mich wirklich stolz auf dieses Land.«



Michael Kopp (58),
Unternehmer aus Bayern

Michael führt ein traditionsreiches Familienunternehmen mit 70 Beschäftigten. Er empfindet die politische Einigkeit der etablierten Parteien als beengend – zu viel Konsens, zu wenig Streitkultur. Die klare Abgrenzung gegen alles Rechte hält er für überzogen, fast moralisch bevormundend. Er selbst wählt bürgerlich-konservativ, fühlt sich aber zunehmend von den großen Parteien »eingeschlossen zwischen Symbolpolitik und Sprachvorschriften«. Politik, sagt er, solle »wieder ein Ort sein, an dem man auch mal anecken darf«.

»Ich bin Demokrat, aber ich finde, man muss auch mal sagen dürfen, was schief läuft, ohne gleich in eine Ecke gestellt zu werden.«

»Wenn alle Parteien dieselbe Mitte vertreten, bleibt zu wenig Raum für echte Debatte.«

1	Position rechtpopulistischer Parteien	Keine eindeutige Ausprägung
2	Verhalten konservativer/liberaler Mitte-Rechts-Parteien	Konsequent abgrenzende Positionierung
3	Machtbeteiligung rechtspopulistischer Parteien	Lediglich Beeinflussung des öffentlichen Diskurses
4	Politisches Klima	Demokraten gemeinsam gegen Rechtspopulisten
5	Akzeptanz des politischen Systems / Parteien	Hohe Akzeptanz von Politik und Parteien
6	Rechtsstaatlichkeit	Rechtssystem als Anker
7	Medien und Öffentlichkeit	Hohe demokratische Fundierung der Medien. Rolle neuer/individueller Medien nicht eindeutig
8	Migration	Keine Entrechtung Deutscher mit Migrationshintergrund. Begrenzung Arbeitsmigration nicht eindeutig
9	Wirtschaftspolitik	Wohstandssicherung über global ausgerichtete Wirtschaftspolitik
10	Ergebnisse rechtspopulistischer Parteien	Rechtspopulistische Parteien werden zurückgedrängt / Gegenwärtige Brandmauer hält
11	Zivilgesellschaft und Wahlen	Wahlen und Zivilgesellschaft bleiben als Basis intakt
12	Umgang der Wirtschaft mit Rechtspopulismus	Unternehmen engagieren sich vielfach für Demokratie (und gegen Rechtspopulismus)
13	Grundposition rechtspopulistischer Parteien	Keine eindeutige Ausprägung

Wie wir unsere Demokratie sichern wollen

Vier Ausprägungen (»Subszenarien«) des Szenarios 1

Das Szenario 1 beschreibt keinen starren oder einheitlichen Umgang mit rechtspopulistischen Akteuren. Vielmehr umfasst es unterschiedliche Formen der Demokratiesicherung, die sich darin unterscheiden, wie demokratische Akteure mit Rechtspopulisten umgehen. Allen Varianten gemeinsam ist das Ziel, die demokratische Ordnung zu stabilisieren und zu schützen – jedoch mit unterschiedlichen Strategien der Abgrenzung, Auseinandersetzung und Beteiligung.

Zwei zentrale Fragen strukturieren diese Unterschiede:
Erstens, erfolgt eine direkte inhaltliche Auseinandersetzung mit Rechtspopulisten? Dies betrifft etwa ihre Präsenz in demokratischen Medien, die Einladung zu öffentlichen Debatten oder ihre Akzeptanz in zivilgesellschaftlichen Organisationen und Institutionen. Zweitens, erfolgt ein Einbezug in demokratische Entscheidungsfindung? Gemeint ist hier, ob Mehrheiten ausschließlich mit demokratischen Kräften gebildet werden oder ob in Einzelfragen auch gemeinsame Abstimmungen möglich sind – jedoch ohne institutionalisierte oder koordinierte Zusammenarbeit.

Aus der Kombination dieser beiden Fragen ergeben sich vier mögliche Ansätze innerhalb von Szenario 1:

Subszenario 1A: Konsequente Ausgrenzung – inhaltlich und institutionell
Rechtspopulisten werden weder in öffentliche Debatten noch in demokratische Entscheidungsprozesse einbezogen. Dieser Ansatz zielt darauf, jede Form der Normalisierung zu vermeiden und klare Grenzen gegenüber Rechtspopulisten zu ziehen. Befürworter argumentieren, dass Sichtbarkeit und Beteiligung rechtspopulistischer Positionen aufwerten und ihre Wirkungsmacht erhöhen könnten. Demokratiesicherung erfolgt hier primär durch klare Abgrenzung und Schutzräume für demokratische Diskurse.

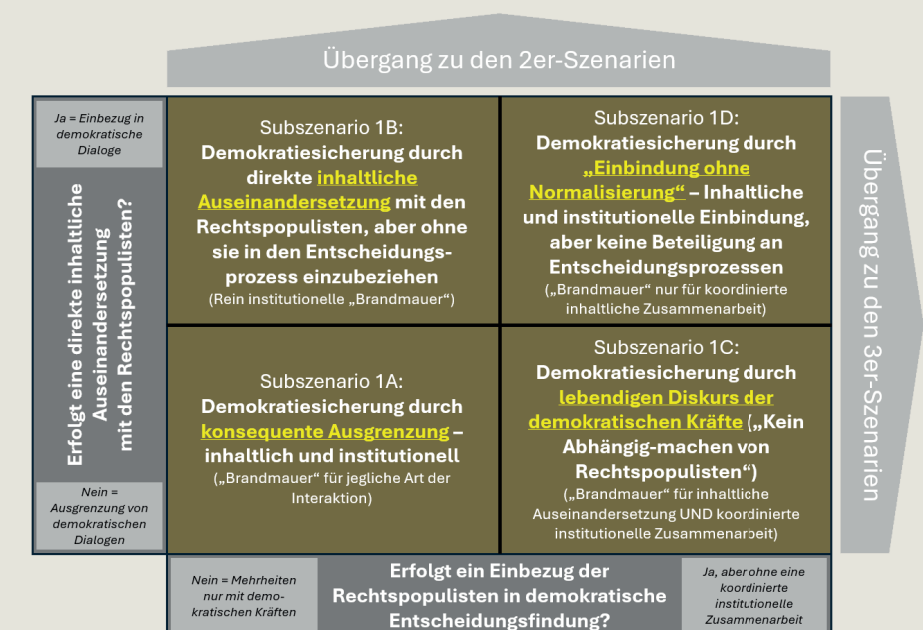
Subszenario 1B: Direkte inhaltliche Auseinandersetzung bei institutioneller Brandmauer
Rechtspopulistische Positionen werden öffentlich diskutiert und kritisch eingeordnet – etwa in Medien oder gesellschaftlichen Debatten –, während sie konsequent von demokratischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen bleiben. Dieser Ansatz setzt auf argumentativen Widerspruch, Transparenz und politische Bildung. Die Hoffnung ist, demokratische Positionen durch offene Auseinandersetzung zu stärken, ohne rechtspopulistischen Akteuren institutionellen Einfluss zu gewähren.

Subszenario 1C: Lebendiger Diskurs der demokratischen Kräfte (»kein Abhängigmachen von Rechtspopulisten«)
In diesem Ansatz stehen offene Debatten innerhalb des demokratischen Spektrums im Mittelpunkt, ohne rechtspopulistische Akteure aktiv einzubeziehen. Demokratische Positionen werden offensiv vertreten und weiterentwickelt, ohne sich inhaltlich an rechtspopulistischen Frames abzuarbeiten. Ziel ist es, gesellschaftliche Konflikte sichtbar zu machen und zu bearbeiten, ohne demokratische Entscheidungen oder Narrative von rechtspopulistischen Akteuren abhängig zu machen.

Subszenario 1D: Einbindung ohne Normalisierung
Rechtspopulistische Akteure werden sowohl in Debatten als auch in bestimmten institutionellen Kontexten berücksichtigt, jedoch ohne koordinierte Zusammenarbeit oder feste Einbindung in Entscheidungsprozesse. Gemeinsame Mehrheiten können in Einzelfragen zustande kommen, ohne politische Abhängigkeiten zu schaffen. Befürworter sehen darin die Möglichkeit, parlamentarische Realitäten abzubilden und Anschlussfähigkeit zu sichern, während formale Brandmauern bestehen bleiben. Hier besteht allerdings die größte Gefahr des schleichenden Übergangs zu den Szenarien 2 und 3.

Diese vier Formen der Demokratiesicherung werden gegenwärtig kontrovers diskutiert, etwa in Debatten über Talkshow-Einladungen, parlamentarische Abstimmungen – von der kommunalen Ebene bis hin zur Migrationsabstimmung im Bundestag – oder den Umgang mit rechtspopulistischen Mandatsträgern in zivilgesellschaftlichen Organisationen. Alle Ansätze bewegen sich jedoch innerhalb von Szenario 1, da sie die demokratische Grundordnung explizit schützen wollen. Gleichzeitig bestehen fließende Übergänge zu Szenario 2 und Szenario 3, insbesondere dort, wo sich diskursive Anpassung oder institutionelle Öffnung verstetigt.

Abb. 5:
Vier Ausprägungen des Szenarios 1





Das süße Gift von rechts

Schleichende Regression des öffentlichen Diskurses und etablierter Parteien

Die etablierten Parteien grenzen sich weiter formal gegen rechtspopulistische Parteien ab (»Brandmauer«), übernehmen aber im öffentlichen Diskurs schrittweise deren Positionen, um Wähler zurückzugewinnen. Es entsteht ein Paradoxon: Formal bleibt das System demokratisch, doch politisch verschiebt sich der Diskurs nach rechts. Konservative und liberale Kräfte grenzen sich rhetorisch von Extremisten ab, übernehmen aber Teile ihres Weltbilds – etwa beim Thema Migration, nationaler Identität und innerer Sicherheit. Rechtspopulistische Bewegungen beeinflussen so den Kurs der Regierung, ohne selbst an der Macht zu sein. Die rechtspopulistischen Parteien selbst sind in ihrer Ausrichtung uneinheitlich – teils gemäßigt, teils radikalisiert, mit zunehmender Nähe zu rechtsextremen Milieus.

Gesellschaftlich macht sich eine leise Müdigkeit breit. Demokratische Prinzipien gelten noch, doch viele Bürger verlieren Vertrauen in die Parteien. Die Medienlandschaft bleibt plural, wird jedoch fragmentiert: klassische Redaktionen verlieren Einfluss, während Meinungsmacher in sozialen Netzwerken zunehmend dominieren. Bildung, Kultur und Wissenschaft stehen unter Druck, sich »realitätsnäher« zu zeigen.

Im Alltag verschwimmen die Grenzen zwischen demokratischem Konsens und autoritärer Akzeptanz. In Schulen, Behörden und Unternehmen herrscht Unsicherheit: Niemand will anecken. Technologisch ist das Land hochentwickelt, doch digitale Kommunikation spiegelt gesellschaftliche Blasen. Deutschland 2035 wirkt äußerlich stabil, innerlich aber erodiert seine Demokratie, die sich selbst entkernt hat.



Thomas Reuter (52),
Maschinenbauingenieur aus Sachsen-Anhalt

Thomas lebt in einer Kleinstadt bei Magdeburg, arbeitet seit 25 Jahren im selben mittelständischen Betrieb und sieht sich selbst als »bodenständigen Konservativen«. Er fühlt sich zunehmend verstanden von den Parteien, die »endlich mal sagen, was Sache ist«. Für ihn stehen Ordnung und nationale Verantwortung im Vordergrund. Er nimmt die schleichende Rechtsverschiebung nicht als Bedrohung wahr, sondern als Korrektur »übertriebener politischer Sensibilitäten«. Politik und Medien hält er für »schon zu lange abgehoben«.

»Ich finde es gut, dass endlich wieder Themen auf den Tisch kommen, über die man jahrelang nicht reden durfte.«

»Wenn die Regierung die Leute ernst nimmt und nicht nur den Großstädtern zuhört, dann ist das für mich Demokratie – egal, wie sie es nennen.«



Leyla Yilmaz (38),
Journalistin aus Köln

Leyla ist Tochter türkischer Einwanderer und arbeitet in einer unabhängigen Online-Redaktion. Sie beobachtet mit Sorge, wie die Grenzen des Sagbaren sich verschieben und wie demokratische Institutionen an Rückhalt verlieren. Für sie bedeutet das Szenario 2A nicht Stabilität, sondern eine schleichende Normalisierung antidemokratischer Tendenzen. Sie erlebt, wie Kollegen in Redaktionen vorsichtiger werden und Themen meiden, »um keinen Shitstorm von rechts zu provozieren«.

»Das Gefährliche ist nicht der offene Angriff auf die Demokratie, sondern das langsame Wegsehen, wenn sie Stück für Stück zerfällt.«

»Viele sagen: Es ist doch alles noch demokratisch. Aber sie merken nicht, dass wir längst anfangen, uns an das Undemokratische zu gewöhnen.«

1	Position rechtspopulistischer Parteien	Keine eindeutige Ausprägung
2	Verhalten konservativer/liberaler Mitte-Rechts-Parteien	Parallelität von Brandmauer und Nach-Rechts-Rücken ("Wasser abgraben")
3	Machtbeteiligung rechtspopulistischer Parteien	Lediglich Beeinflussung des öffentlichen Diskurses
4	Politisches Klima	Breites politisches (Diskurs-) Spektrum
5	Akzeptanz des politischen Systems / Parteien	Schleichende Entdemokratisierung etablierter Parteien
6	Rechtsstaatlichkeit	Arbeitsfähige Justiz gerät in Misskredit
7	Medien und Öffentlichkeit	Veränderung der heutigen Medienlandschaft
8	Migration	Keine Entrechtung Deutscher mit Migrationshintergrund. Begrenzung Arbeitsmigration nicht eindeutig
9	Wirtschaftspolitik	Wohlstandssicherung über global ausgerichtete Wirtschaftspolitik
10	Ergebnisse rechtspopulistischer Parteien	Gegenwärtige Brandmauer hält
11	Zivilgesellschaft und Wahlen	Wahlen und Zivilgesellschaft bleiben als Basis intakt
12	Umgang der Wirtschaft mit Rechtspopulismus	Geringe Akzeptanz von und Zusammenarbeit mit Rechtspopulisten. Aktives Engagement gegen Rechtspopulismus nicht eindeutig
13	Grundposition rechtspopulistischer Parteien	Keine eindeutige Ausprägung



Der Weg ins Szenario 2A...

Wenn Deutschland vom Szenario 1 (»Bollwerk Demokratie«) in das Szenario 2A (»Das süße Gift von rechts«) gleitet, ergeben sich folgende Veränderungen:

- Demokratische Parteien halten formal an Abgrenzung fest, übernehmen jedoch schrittweise rechtspopulistische Argumente, um Wähler zurückzugewinnen.
- Die Grenze zwischen bürgerlich-konservativer und rechtspopulistischer Rhetorik wird unscharf; Diskurse über Sicherheit, Migration und Identität verschieben sich.
- Rechtspopulistische Bewegungen wirken zunehmend diskursmächtig, auch ohne Regierungsbeteiligung.
- Medien und Öffentlichkeit passen sich an – aus Angst, Themen an »die Rechten« zu verlieren.
- Bürger erleben eine wachsende Skepsis gegenüber Institutionen, ohne den Systemwandel klar zu erkennen.
- Gesellschaftlich entsteht eine stille Erosion demokratischer Kultur: Misstrauen wächst, Engagement sinkt, Polarisierung normalisiert sich.
- Die Demokratie bleibt funktional, verliert aber ihren liberalen Kern – der Anfang einer inneren Entleerung.

Diese Entwicklung markiert den Übergang von einer aktiven demokratischen Abwehrhaltung hin zu einer schleichenden Anpassung und Normalisierung rechtspopulistischer Denk- und Sprachmuster. Was als rhetorische Flexibilität beginnt, wird hier zur kulturellen Gewöhnung – und leitet den fließenden Übergang zur Erosion demokratischer Kultur ein.

Der Weg zurück ...

Eine Rückkehr vom Szenario 2A (»Das süße Gift von rechts«) zum Szenario 1 (»Bollwerk Demokratie«) wäre möglich, wenn mehrere gegensteuernde Entwicklungen einsetzen würden. Wichtige Hebel dafür wären:

- **Klare Abgrenzung der demokratischen Parteien:** Konservative und liberale Kräfte erneuern ihre Prinzipienbindung, schließen Kooperationen mit rechtspopulistischen Akteuren konsequent aus und positionieren sich wieder als verlässliche Verteidiger demokratischer Werte.
- **Stärkung demokratischer Kommunikation:** Medien und politische Bildung fördern faktenbasierte Debatten und Transparenz, wodurch populistische Vereinfachungen und Desinformation an Wirkung verlieren.
- **Erneuerung politischer Glaubwürdigkeit:** Parteien gewinnen Vertrauen zurück, indem sie gesellschaftliche Probleme sichtbar, ehrlich und lösungsorientiert angehen – statt Symbolpolitik zu betreiben.
- **Aktivierung der Zivilgesellschaft:** Eine wachsende Zahl von Bürgerinitiativen, Vereinen und Unternehmen engagiert sich wieder klar für Demokratie, Toleranz und Rechtsstaatlichkeit und wirkt der politischen Resignation entgegen.
- **Kooperative Demokratiepraxis:** Demokratische Parteien suchen aktiv den Schulterschluss über ideologische Grenzen hinweg, um gemeinsame Positionen gegen extremistische Tendenzen zu stärken und den politischen Zusammenhalt sichtbar zu machen.

Alles außer Regierung

Rechtspopulisten tolerieren demokratische Regierung und gewinnen an Zulauf

Die Regierung bleibt formal demokratisch, wird jedoch von rechtspopulistischen Kräften gestützt, die eine Tolerierungsrolle übernehmen. Sie sitzen nicht im Kabinett, aber im Kopf der Politik: viele Entscheidungen werden mit Blick auf ihre Zustimmung getroffen. Das Ergebnis ist eine Politik der Anpassung – weder offen extremistisch noch klar liberal. Die rechte Bewegung bleibt in ihrer Programmatik diffus – zwischen populistischer Selbstinszenierung und wachsender ideologischer Radikalisierung, die in Teilen bereits offen nationalistisch geprägt ist.

Die Gesellschaft ist gespalten zwischen jenen, die Stabilität über Werte stellen, und jenen, die um die demokratische Kultur kämpfen. Sprache verroht, Empathie schwindet. Viele Medien versuchen, »neutral« zu bleiben, verlieren dadurch aber Haltung. Die Wirtschaft stagniert, Innovation und Offenheit weichen Vorsicht und Binnenorientierung.

Im Alltag entsteht ein Gefühl der Erstarrung. Technologische Fortschritte – etwa bei KI, Energie oder in der Verwaltung – dienen vor allem der Effizienz, nicht der Freiheit. Bürgerinnen und Bürger erleben Demokratie als Routine, nicht als Verantwortung. Deutschland 2035 ist ein Land, das sich demokratisch nennt, aber seine Energie verloren hat, sich für die Demokratie aktiv einzusetzen.



Henriette Vogt (45),
Polizeihauptkommissarin aus Schleswig-Holstein

Henriette ist eine erfahrene Beamtin und sieht den gesellschaftlichen Wandel pragmatisch. Sie findet, die Politik müsse wieder »klare Ansagen machen«. Dass rechtspopulistische Parteien eine Regierung tolerieren, hält sie für »ein notwendiges Gleichgewicht«. Sie selbst fühlt sich nicht als Ideologin, sondern als Vertreterin von Ordnung, Pflicht und Sicherheit.

»Mir ist wichtig, dass wieder klare Ansagen gelten – Recht und Ordnung zuerst.«

»Wenn Populisten dafür sorgen, dass die Regierung das Volk ernster nimmt, ist das doch kein Problem.«



Amin El-Baz (29),
Sozialarbeiter aus Leipzig

Amin arbeitet mit Jugendlichen aus migrantischen Familien. Er spürt, wie der gesellschaftliche Ton rauer wird. Eltern erzählen ihm, dass Kinder in der Schule wieder mit Herkunft und Religion konfrontiert werden. Er empfindet den Verlust an Empathie als Rückschritt, nicht nur politisch, sondern auch menschlich.

»Man merkt es zuerst an der Sprache – plötzlich ist Respekt verhandelbar.«

»Es ist, als würde sich das Land langsam daran gewöhnen, Menschen in Gruppen zu sortieren.«

1	Position rechtspopulistischer Parteien	Keine eindeutige Ausprägung
2	Verhalten konservativer/liberaler Mitte-Rechts-Parteien	Parallelität von Brandmauer und Nach-Rechts-Rücken ("Wasser abgraben")
3	Machtbeteiligung rechtspopulistischer Parteien	Tolerierung demokratischer (konservativ-liberaler) Regierungen
4	Politisches Klima	Breites politisches (Diskurs-) Spektrum
5	Akzeptanz des politischen Systems / Parteien	Weitgehende Entfremdung von der Politik
6	Rechtsstaatlichkeit	Arbeitsfähige Justiz gerät in Misskredit
7	Medien und Öffentlichkeit	Veränderung der heutigen Medienlandschaft
8	Migration	Politik trifft vor allem Arbeitsmärkte
9	Wirtschaftspolitik	Krise trotz Freihandel
10	Ergebnisse rechtspopulistischer Parteien	Höhere Wahlergebnisse stoßen auf politischen Widerstand
11	Zivilgesellschaft und Wahlen	Geringer Grad der Einschränkung / Delegitimierung freier Wahlen. Grad der Einschränkung zivilgesellschaftlicher Arbeit nicht eindeutig
12	Umgang der Wirtschaft mit Rechtspopulismus	Geringe Akzeptanz von und Zusammenarbeit mit Rechtspopulisten. Aktives Engagement gegen Rechtspopulismus nicht eindeutig
13	Grundposition rechtspopulistischer Parteien	Keine eindeutige Ausprägung



Der Weg ins Szenario ...

Wenn Deutschland vom Szenario 2A (»Das süße Gift von rechts«) in das Szenario 2B (»Alles außer Regierung«) gleitet, ergeben sich folgende Veränderungen:

- Rechtspopulistische Parteien festigen ihre gesellschaftliche Basis und gewinnen neue Wählergruppen in der Mitte.
- Teile der konservativen Parteien akzeptieren informelle Unterstützung durch rechtspopulistische Kräfte – auch im Rahmen von Minderheitsregierungen.
- Die Brandmauer zwischen demokratischen und populistischen Rechten wird faktisch aufgegeben.
- Nationale Identität, Sicherheit und Migration dominieren die politische Agenda.
- Demokratische Institutionen bleiben formal stabil, geraten aber zunehmend unter politischen Einfluss.
- Die politische Sprache radikalisiert sich, während Gewalt und Hetze im Netz normalisiert werden.
- Das politische Klima wird defensiv – Politik reagiert, statt zu gestalten.

Hier tolerieren Rechtspopulisten demokratische Regierungen und gewinnen dabei an Deutungshoheit. Insofern beschreibt dieses Szenario den Übergang von der symbolischen Machtbegrenzung zur diskursiven Dominanz – ein Zustand, in dem die Demokratie formal erhalten bleibt, während ihr Wertefundament im öffentlichen Raum erodiert.

Der Weg zurück ...

Eine Rückkehr vom Szenario 2B (»Alles außer Regierung«) zum Szenario 1 (»Bollwerk Demokratie«) wäre möglich, wenn mehrere gegensteuernde Entwicklungen einsetzen würden. Wichtige Hebel dafür wären:

- **Politische Sprache bewusst reflektieren:** Medien, Schulen und Parteien sollten aktiv daran arbeiten, wie Begriffe wie »Volk«, »Elite« oder »Grenze« gebraucht werden – Sprache ist demokratische Kultur.
- **Zivilgesellschaftliche Allianzen bilden:** Lokale Vereine, Religionsgemeinschaften und Gewerkschaften können gemeinsam Räume schaffen, in denen Vielfalt als Stärke erfahrbar wird.
- **Positive Identitätsangebote entwickeln:** Demokratie braucht emotionale Bindung – kulturelle und regionale Narrative sollten demokratisch, nicht populistisch aufgeladen werden.
- **Integrations- und Sozialpolitik stärken:** Wer soziale Sicherheit und Teilhabe erlebt, ist weniger anfällig für populistische Mobilisierung.
- **Mut zur Haltung in Institutionen fördern:** Beamte, Lehrer, Richter und Führungskräfte müssen bestärkt werden, Werte wie Fairness, Gleichheit und Menschenwürde offensiv zu vertreten.



Ein wenig mehr rechts, bitte

Langsame Durchdringung des Systems und Anpassung der Rechtspopulisten – Regierungsbeteiligung als Juniorpartner und auf unteren Ebenen

Nach Jahren wachsender Unsicherheit rücken konservative und rechtspopulistische Parteien auf kommunaler und regionaler Ebene näher zusammen. Rechtspopulisten geben sich moderat, pragmatisch und staatsmännisch, vermeiden offen radikale Positionen. Sie werden Juniorpartner in Koalitionen, übernehmen Bürgermeisterämter oder Landesministerien. Demokratische Institutionen bleiben formal intakt, doch der Diskurs verschiebt sich: Kulturelle Abgrenzung, nationale Identität und Ordnung werden zu Leitmotiven.

Gesellschaftlich herrscht ein ambivalentes Klima. Viele Menschen schätzen die Ruhe und Handlungsfähigkeit nach Jahren politischer Zerrissenheit. Gleichzeitig geraten Minderheiten und zivilgesellschaftliche Gruppen unter subtilen Druck. Unternehmen passen sich an, ohne offen Stellung zu beziehen. Medien verhalten sich vorsichtig und lavieren zwischen Anpassung und journalistischer Selbstbeschränkung. Die Wirtschaft bleibt robust, getragen von globaler Vernetzung und technologischer Modernisierung, doch politisch schleicht sich eine Kultur des Opportunismus ein.

Im Alltag normalisieren sich populistische Haltungen: In Schulen, Vereinen und sozialen Medien wird weniger über gesellschaftliche Werte, mehr über Leistung, Disziplin und nationale Verantwortung gesprochen. Algorithmen begünstigen Themen, die Emotionen wecken und die Polarisierung verstärken. 2035 lebt Deutschland in einer stillen Koexistenz von Demokratie und populistischer Normalität. Das demokratische System ist noch weitgehend stabil, inhaltlich aber zunehmend entkernt.



Dirk Möller (49),
Bürgermeister einer
Kleinstadt in Niedersachsen

Dirk ist parteilos, seit zwanzig Jahren in der Kommunalpolitik. In seiner Stadt regiert er in einem Bündnis, das auch Vertreter einer rechtspopulistischen Partei einschließt. Für ihn zählt pragmatische Arbeit mehr als politische Reinheit. Er sieht sich als Realist: »Wer hier was bewegen will, muss mit allen reden.« Ihm ist bewusst, dass diese Offenheit Spannungen erzeugt – aber er hält sie für notwendig, um Projekte wie Schulumbauten oder Wirtschaftsförderung umzusetzen.

»Ich wähle meine Partner nicht nach Etikett, sondern danach, wer die Arbeit macht.«

»Wenn man hier auf dem Land was bewegen will, muss man mit allen reden – Ideologie hilft da keinem.«



Carla Mendes (33),
Politikwissenschaftlerin aus Berlin

Carla forscht an der Humboldt-Universität über die Transformation der politischen Mitte. Sie beobachtet, wie rechtspopulistische Rhetorik in der Alltagspolitik ankommt – oft unbemerkt. Sie sieht darin keinen Ausdruck von Pragmatismus, sondern von Gewöhnung: Die Sprache, der Ton und die Deutungshoheit verschieben sich. In Diskussionen merkt sie, wie Kollegen sagen: »So schlimm ist das doch gar nicht.« Für Carla ist das der Beginn einer gefährlichen Abstumpfung.

»Die eigentliche Gefahr ist nicht der offene Extremismus, sondern seine stille Integration in die Mitte.«

»Wenn man Kooperation mit Populisten zur Normalität erklärt, verändert sich das ganze Fundament der Demokratie.«

1	Position rechtspopulistischer Parteien	Rechtsstaatlich und pro-europäisch
2	Verhalten konservativer/liberaler Mitte-Rechts-Parteien	Zusammenarbeit nur bei eigener Führung
3	Machtbeteiligung rechtspopulistischer Parteien	Juniorpartner auf Bundesebene / Regierungsbeteiligung nur auf untergeordneten Ebenen (Kommunen, Bundesländer)
4	Politisches Klima	Zerfaserung der Politik (mindestens drei große Blöcke)
5	Akzeptanz des politischen Systems / Parteien	Akzeptanz des politischen Systems / der liberalen Demokratie hoch. Akzeptanz etablierter Parteien nicht eindeutig
6	Rechtsstaatlichkeit	Justiz vermittelt Schein-Sicherheit
7	Medien und Öffentlichkeit	Demokratische Fundierung der Medien gering. Rolle neuer/individueller Medien nicht eindeutig
8	Migration	Fokus auf Einschränkung illegaler Fluchtmigration
9	Wirtschaftspolitik	Wohlstandssicherung über global ausgerichtete Wirtschaftspolitik
10	Ergebnisse rechtspopulistischer Parteien	Langsame Durchdringung: Einflussgewinn bei konstanten Wahlergebnissen
11	Zivilgesellschaft und Wahlen	Wahlen und Zivilgesellschaft bleiben als Basis intakt
12	Umgang der Wirtschaft mit Rechtspopulismus	Unternehmen unterstützen vielfach rechtspopulistische Positionen
13	Grundposition rechtspopulistischer Parteien	Rechtspopulistische Orientierung



Der Weg ins Szenario 3A ...

Wenn Deutschland vom Szenario 1 (»Bollwerk Demokratie«) in das Szenario 3A (»Ein wenig mehr rechts, bitte«) gleitet, ergeben sich folgende Veränderungen:

- Demokratische Parteien, insbesondere konservative, lockern ihre klare Abgrenzung gegenüber rechtspopulistischen Kräften und öffnen sich für taktische Zusammenarbeit. Der Abstand zu linken und rechtspopulistischen Gruppen wird als äquidistant eingeschätzt.
- Rechtspopulistische Parteien geben sich moderater, betonen staatstragende Verantwortung und treten zunehmend als »patriotische Realisten« auf.
- Medien und Öffentlichkeit beginnen, Kooperationen mit rechten Akteuren als pragmatisch statt riskant zu bewerten.
- Das Vertrauen in die Parteienlandschaft sinkt leicht, während populistische Diskurse gesellschaftlich normalisiert werden.
- Unternehmen und Verbände verhalten sich zurückhaltend – sie orientieren sich stärker an Stabilität als an klarer Wertebindung.
- Der politische Diskurs fragmentiert sich: kulturelle Themen überlagern soziale Konfliktlinien.
- Die Demokratie bleibt formal stabil, verliert aber an moralischer Klarheit und inhaltlicher Tiefe.

Hier verschiebt sich die politische Mitte vorsichtig nach rechts, um populistische Wähler zurückzugewinnen. Insofern markiert diese Entwicklung den Übergang von einer selbstbewussten demokratischen Positionierung hin zu einer strategischen Annäherung, bei der demokratische Prinzipien zunehmend taktischen Erwägungen untergeordnet werden.

Der Weg zurück ...

Eine Rückkehr vom Szenario 3A (»Ein wenig mehr rechts, bitte«) zum Szenario 1 (»Bollwerk Demokratie«) wäre möglich, wenn mehrere gegensteuernde Entwicklungen einsetzen würden. Wichtige Hebel dafür wären:

- **Demokratische Prinzipien sichtbar machen:** Parteien und Verwaltungen sollten ihre Entscheidungsprozesse und Grundwerte offensiv kommunizieren, um Transparenz gegen schleichende Normalisierung zu setzen.
- **Politische Bildung auf lokaler Ebene stärken:** Besonders in Kommunen, wo Kooperation mit Populisten stattfindet, braucht es Schulungen, Foren und zivilgesellschaftliche Vernetzung.
- **Medienvielfalt absichern:** Förderung lokaler und regionaler Presse- und Medienangebote kann verhindern, dass rechtspopulistische Akteure allein den öffentlichen Diskurs prägen.
- **Unternehmen als Wertegemeinschaft ansprechen:** Wirtschaftliche Akteure sollten klare Leitbilder für Vielfalt und Demokratie entwickeln – auch als Standortfaktor.
- **Politische Kultur der Auseinandersetzung fördern:** Sachlicher Streit um Inhalte statt moralischer Abgrenzung stärkt das Vertrauen in die demokratische Debatte und entzieht populistischen Parolen den Nährboden.

Lasst sie mal machen

Regierungsführung durch gemäßigte Rechtspopulisten

Rechtspopulistische Parteien haben die Führung der Bundesregierung übernommen – in Koalition mit konservativen Kräften. Sie präsentieren sich als »patriotisch-pragmatisch«, vermeiden offen extremistische Rhetorik, verfolgen aber einen nationalistischen Kurs. Europäische Zusammenarbeit wird reduziert, der Freihandel eingeschränkt, die Mediengesetzgebung verschärft. Das politische System bleibt formal demokratisch, die politisch verhandelten Inhalte tragen jedoch immer deutlicher Züge eines national-autonomen Denkens.

Gesellschaftlich erleben viele Bürger Stabilität und Stolz – »endlich wieder Ordnung«. Kritiker warnen dagegen vor einem Rückzug ins Nationale. NGOs, Kulturschaffende und Journalisten spüren einen wachsenden Druck, sich »konstruktiv« zu verhalten. Minderheiten fühlen sich zunehmend marginalisiert. Die Wirtschaft bleibt vorerst solide, wird aber innovationsärmer, da internationale Kooperationen zurückgehen. Bildungspolitik betont Heimatkunde und »traditionelle Werte«. Rassistisch und antisemitisch motivierte Übergriffe, die Diskriminierung von Frauen sowie Menschen mit von der »Norm« abweichenden sexuellen Orientierungen und Identitäten werden nur halbherzig oder überhaupt nicht geahndet.

Im Alltag prägen neue digitale Staatsmedien die öffentliche Meinung, während alternative Kanäle als »systemfeindlich« gelten. Technologie wird staatlich gelenkt, KI und Überwachung dienen vorrangig der »Sicherheit und Effizienz«. Deutschland 2035 ist demokratisch im Verfahren, autoritär im Ton – ein Land, das Stabilität über Freiheit stellt.



Johannes Keller (55),
Landwirt aus Niederbayern

Johannes betreibt einen Milchviehbetrieb, der viele Jahre unter Preisverfall und Bürokratie gelitten hat. Für ihn verkörpert die neue Regierung eine Rückkehr zur Vernunft – weniger Auflagen, mehr nationale Selbstbestimmung. Er mag keine Extreme, aber er glaubt, dass »die neuen Leute endlich zuhören«. Die anti-europäische Haltung findet er nicht bedrohlich, sondern befreiend. Er fühlt sich erstmals seit Langem wieder »gesehen«.

»Ich will keine Revolution, nur dass unsere Interessen nicht immer hinten runterfallen.«

»Jetzt regieren endlich Leute, die das Land verstehen und nicht dauernd auf Europa schielen.«



Sophia Nguyen (41),
Juristin aus Frankfurt am Main

Sophia arbeitet in einer Anwaltskanzlei, die auf Verfassungsrecht spezialisiert ist. Sie spürt im Alltag, dass Gesetze zunehmend politisch gedeutet werden – juristische Prinzipien verlieren an Gewicht. Ihr fällt auf, dass Kolleginnen in Behörden vorsichtiger werden, wenn es um kritische Entscheidungen geht. Für sie ist das ein schleichender Vertrauensverlust in die Institutionen, auf denen der Rechtsstaat beruht.

**»Wenn politische Macht beginnt, Recht auszu-
legen, statt sich daran zu halten, ist das ein Warn-
signal.«**

**»Freiheit stirbt selten mit einem Knall – meist
schleichend, im Namen der Sicherheit und Ord-
nung.«**

1	Position rechtspopulistischer Parteien	Rechtsstaatlichkeit gegeben bei außenpolitisch anti-europäischem Kurs
2	Verhalten konservativer/liberaler Mitte-Rechts-Parteien	Zusammenarbeit auch als Juniorpartner
3	Machtbeteiligung rechtspopulistischer Parteien	Führung der Bundesregierung
4	Politisches Klima	Zerfaserung der Politik (mindestens drei große Blöcke)
5	Akzeptanz des politischen Systems / Parteien	Hohe Akzeptanz des politischen Systems / der liberalen Demokratie
6	Rechtsstaatlichkeit	Justiz vermittelt Schein-Sicherheit
7	Medien und Öffentlichkeit	Geringe demokratische Fundierung der Medien
8	Migration	Fokus auf Einschränkung illegaler Fluchtmigration
9	Wirtschaftspolitik	Wirtschaftliche Resilienz trotz Einschränkung des Freihandels
10	Ergebnisse rechtspopulistischer Parteien	Hoher Einfluss rechtspopulistischer Parteien Wahlergebnisse nicht eindeutig
11	Zivilgesellschaft und Wahlen	Geringer Grad der Einschränkung zivilgesellschaftlicher Arbeit gering. Grad der Einschränkung / Delegitimierung freier Wahlen unsicher
12	Umgang der Wirtschaft mit Rechtspopulismus	Unternehmen unterstützen vielfach rechtspopulistische Positionen
13	Grundposition rechtspopulistischer Parteien	Rechtspopulistische Orientierung



Der Weg ins Szenario ...

Wenn Deutschland vom Szenario 3A (»Ein wenig mehr rechts, bitte«) in das Szenario 3B (»Lasst sie mal machen«) gleitet, ergeben sich folgende Veränderungen:

- Rechtspopulistische Kräfte gewinnen an Legitimität, indem sie in Kommunen und Ländern erfolgreiche Regierungsarbeit vorweisen.
- Konservative Parteien übernehmen Teile ihrer Rhetorik und ebnen so den Weg zu einer nationalen Regierungskoalition.
- Der rechtspopulistische Diskurs verschiebt sich schrittweise in Richtung einer autoritären Ordnungspolitik, bleibt aber rhetorisch gemäßigt. Damit verschieben sich auch die Gewichte zwischen Rechtspopulisten und Konservativen.
- Medien und Eliten beginnen, den neuen Kurs als »Stimme der Mehrheit« zu interpretieren.
- Die europäische Integration verliert an Gewicht, nationale Interessen haben Vorrang.
- Die Bevölkerung erlebt politische Stabilität, aber auch eine zunehmende Gleichförmigkeit.
- Die Demokratie bleibt formal bestehen, doch die Balance zwischen Pluralismus und Kontrolle kippt zugunsten der Macht.

In diesem Szenario übernehmen gemäßigte Rechtspopulisten Regierungsverantwortung, während demokratische Partner auf Schadensbegrenzung setzen. Insofern ist es der Schritt von einer passiven Anpassung zu einer aktiven Machtbeteiligung populistischer Kräfte – ein Moment, in dem Normalisierung zur Institutionalisierung wird und der demokratische Rahmen an Stabilität verliert.

Der Weg zurück ...

Eine Rückkehr vom Szenario 3B (»Lasst sie mal machen«) zum Szenario 1 (»Bollwerk Demokratie«) wäre möglich, wenn mehrere gegensteuernde Entwicklungen einsetzen würden. Wichtige Hebel dafür wären:

- **Institutionelle Unabhängigkeit schützen:** Justiz, Wissenschaft und Medien müssen strukturell vor parteipolitischen Zugriffen gesichert werden.
- **Bürgerdialoge verstärken:** Staatliche Stellen sollten gezielt Gesprächsformate fördern, in denen Unzufriedenheit demokratisch kanalisiert wird – als Gegenpol zu populistischer Emotionalisierung.
- **Europäische Vernetzung nutzen:** Internationale Kooperationen mit demokratischen Partnerstaaten können Standards von Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit stützen.
- **Zivilgesellschaftliche Resilienz aufbauen:** NGOs und Bildungsinitiativen sollten langfristig finanziert werden, um unabhängige Demokratiearbeit trotz politischer Gegenwinde fortzuführen.
- **Verantwortung in der Verwaltung betonen:** Beamtinnen und Beamte müssen durch Ethiktrainings und Whistleblower-Schutz ermutigt werden, ihre rechtliche Loyalität über politische Opportunität zu stellen.

Freiheit von Recht(s)

**Libertäre Rechtsextreme setzen auf
ökonomische Freiheit und die Minimierung
des rechtsstaatlichen Rahmens**

Nach einer Phase populistischer Anpassung übernehmen offen rechtsextreme und libertäre Kräfte die Regierung. Sie propagieren Individualität und wirtschaftliche Stärke, kombiniert mit Ordnung und nationaler Souveränität. Der Staat wird radikal verschlankt und Regulierung weitgehend abgebaut. Gleichzeitig wird die Kontrolle – insbesondere in den digitalen Welten – verschärft. Die Regierung versteht sich als »Regime der Effizienz« und als Garant für freie Märkte und eine starke Polizei. Es kommt zu einer Einschränkung der Grundrechte. Die Gewaltenteilung bleibt formal bestehen, wird aber faktisch ausgehöhlt.

Gesellschaftlich herrscht oberflächliche Ruhe, unter der Oberfläche jedoch Angst und Anpassung. Unternehmer profitieren vor allem kurz- und mittelfristig von Deregulierung, während kritische Medien, Kunst und Wissenschaft staatlicher Kontrolle unterliegen. Bildung und Kultur werden nationalistisch umgedeutet, Minderheiten strukturell benachteiligt. Internationale Kooperationen verlieren gegenüber transaktionalem »Deal-Making« an Bedeutung, das Vertrauen in globale Institutionen sinkt.

Im Alltag zeigt sich ein autoritäres Modernisierungsprogramm: KI-basierte Überwachung, zentralisierte Datennetze, algorithmische Kontrolle. Öffentliche Kommunikation ist hochprofessionell, aber gleichgeschaltet. Deutschland 2035 wirkt sauber, sicher, effizient – und unheimlich leblos.

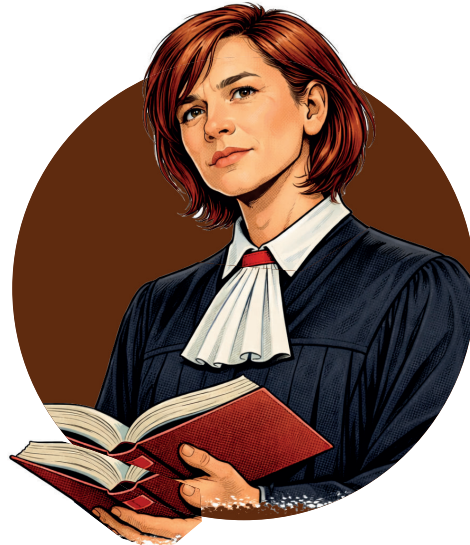


Peter Hartmann (61),
Maschinenbauingenieur aus Sachsen-Anhalt

Peter führt seinen Familienbetrieb in zweiter Generation. Er hat Krisen, Nachwuchsmangel und endlose Vorschriften erlebt. Für ihn bedeutet die neue Regierung endlich Aufbruch: weniger Steuern, weniger Umweltauflagen, weniger »ideologische Gängelung«. Seine Firma läuft so gut wie lange nicht, er beschäftigt wieder Lehrlinge und lobt die »klare Linie« der Regierung. Doch in Gesprächen mit Freunden, die kritischer sind, spürt er leise Irritation – über Journalisten, die plötzlich verschwinden, oder Urteile, die aufgehoben werden. Er sagt sich: »So schlimm wird's schon nicht sein.« In Wahrheit will er den Preis des Wohlstands gar nicht so genau wissen.

»Endlich kümmert sich mal jemand um die, die wirklich arbeiten.«

»Ich brauche keinen Staat, der mich erzieht – ich brauche einen, der mich in Ruhe lässt.«



Dr. Iris Schneider (47),
Richterin aus Hamburg

Iris arbeitet seit Jahren am Oberlandesgericht. Sie hat gelernt, Distanz zu wahren – aber das politische Klima dringt längst in die Gerichtssäle. Neue Weisungen legen fest, welche Verfahren als »systemrelevant« gelten, kritische Urteile werden in regierungsnahen Medien angegriffen. Ihre Kolleginnen flüstern auf den Fluren, niemand will auffallen. Iris ringt täglich mit sich: Standhalten oder schweigen? Nachts liest sie alte Grundgesetzkommentare und fragt sich, wie viel Unabhängigkeit noch übrig ist. Sie bleibt, weil sie glaubt, dass Widerstand im System mehr bewirken kann als Rückzug.

»Wenn Gesetze zum Werkzeug der Macht werden, ist der Rechtsstaat bereits beschädigt.«

»Freiheit verliert man nicht auf einmal, sondern in Paragraphen und Verordnungen.«

1	Position rechtspopulistischer Parteien	Außenpolitische Position Anti-europäisch. Rechtsstaatlichkeit nicht eindeutig
2	Verhalten konservativer/liberaler Mitte-Rechts-Parteien	Zusammenarbeit auch als Juniorpartner
3	Machtbeteiligung rechtspopulistischer Parteien	Führung der Bundesregierung
4	Politisches Klima	Politisches Spektrum rückt nach rechts - Starke Polarisierung
5	Akzeptanz des politischen Systems / Parteien	Weitgehende Entfremdung von der Politik
6	Rechtsstaatlichkeit	Rechtssystem in der Krise
7	Medien und Öffentlichkeit	Neue Medien als Werkzeug gegen Demokratie
8	Migration	Fokus auf Einschränkung illegaler Fluchtmigration
9	Wirtschaftspolitik	Wirtschaftliche Resilienz trotz Einschränkung des Freihandels
10	Ergebnisse rechtspopulistischer Parteien	Machtzuwachs in Kombination mit höheren Wahlergebnissen
11	Zivilgesellschaft und Wahlen	Hoher Grad der Einschränkung zivilgesellschaftlicher Arbeit. Grad der Einschränkung / Delegitimierung freier Wahlen nicht eindeutig
12	Umgang der Wirtschaft mit Rechtspopulismus	Unternehmen unterstützen vielfach rechtspopulistische Positionen
13	Grundposition rechtspopulistischer Parteien	Rechtsextreme Orientierung

Der Weg ins Szenario ...

Wenn Deutschland vom Szenario 3B (»Lasst sie mal machen«) in das Szenario 4A (»Freiheit von Recht(s)«) gleitet, ergeben sich folgende Veränderungen:

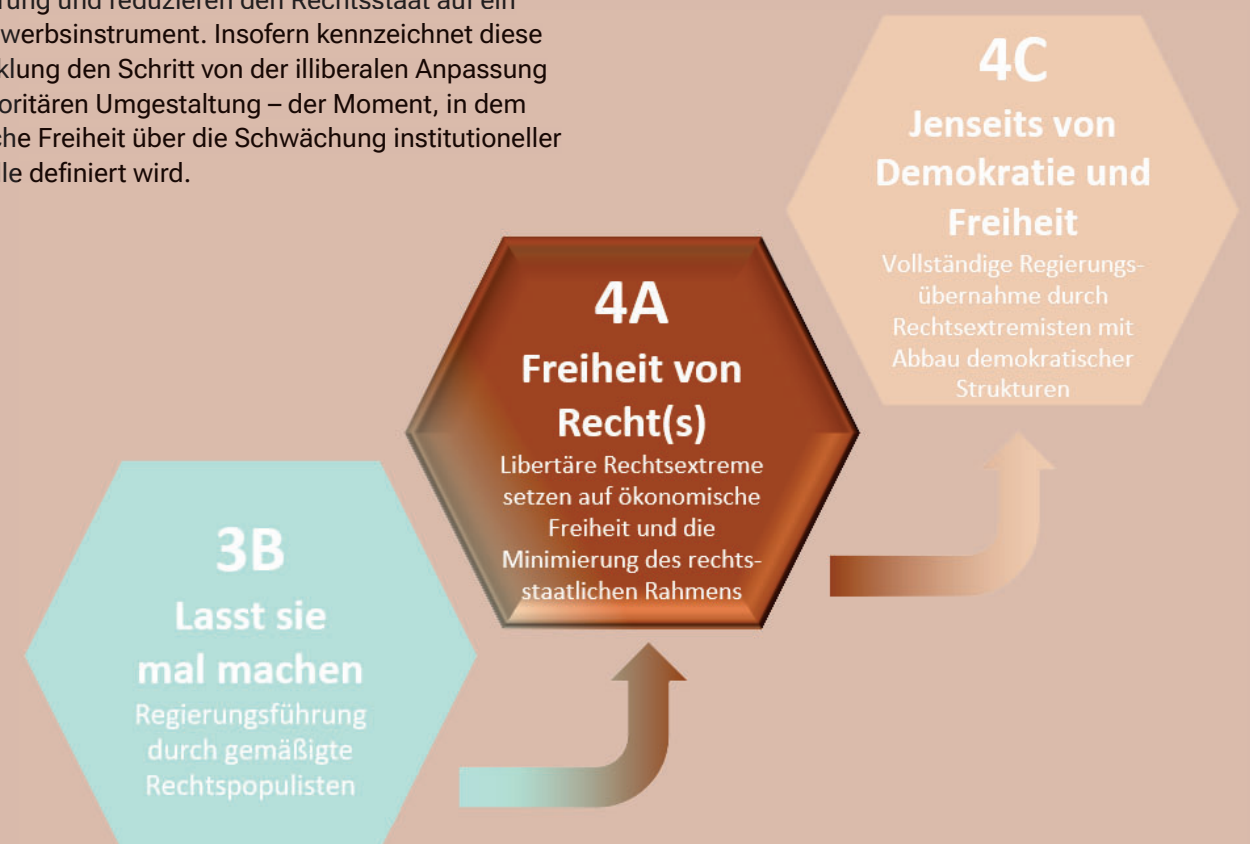
- Innerhalb der rechtspopulistischen Bewegung setzen sich libertäre und rechtsextreme Fraktionen durch.
- Demokratische Kontrollmechanismen werden systematisch geschwächt, zunächst in Justiz und Medien.
- Die Regierung propagiert »nationale Stärke« und schränkt Grundrechte im Namen der Sicherheit ein.
- Der Diskurs kippt: Patriotismus wird zur ideologischen Pflicht, Opposition zum Verdachtsfall.
- Internationale Kooperationen werden gekappt, wirtschaftliche Isolation nimmt zu.
- Das Vertrauen in öffentliche Institutionen wird untergraben - unternehmerisches Effizienzdenken wird zum Maßstab.
- Gesellschaftlich wächst Anpassung aus Angst – Widerstand wird leiser, Zynismus verbreitet sich.
- Die Demokratie verwandelt sich schrittweise in ein autoritäres System.

Hier setzen Rechtspopulisten auf wirtschaftliche Deregulierung und reduzieren den Rechtsstaat auf ein Wettbewerbsinstrument. Insofern kennzeichnet diese Entwicklung den Schritt von der illiberalen Anpassung zur autoritären Umgestaltung – der Moment, in dem politische Freiheit über die Schwächung institutioneller Kontrolle definiert wird.

Der Weg zurück ...

Eine Rückkehr vom Szenario 4A (»Freiheit von Recht(s)«) zum Szenario 1 (»Bollwerk Demokratie«) wäre möglich, wenn mehrere gegensteuernde Entwicklungen einsetzen würden. Wichtige Hebel dafür wären:

- **Rechtsstaatliche Standards verteidigen:** Juristische Berufsverbände, Kammern und Hochschulen müssen öffentlich Position beziehen, wenn politische Eingriffe drohen.
- **Wirtschaft als Verantwortungsträger gewinnen:** Unternehmen sollten Compliance-Kodizes erweitern, um Demokratie und Menschenrechte explizit als Unternehmenswerte zu verankern.
- **Freie Medien gezielt fördern:** Stiftungen, Verbände und EU-Programme können unabhängigen Journalismus finanziell und rechtlich absichern.
- **Digitale Gegenöffentlichkeit aufbauen:** Aktivist:innen und Wissenschaftler sollten sichere Plattformen nutzen, um Fakten, Analysen und Kritik zugänglich zu machen.
- **Gesellschaftliche Solidarität wiederbeleben:** Bürgerbewegungen, Kirchen und soziale Organisationen können Werte wie Gerechtigkeit und Verantwortung gegen neoliberalen Autoritarismus stellen.



Aktive Opposition gegen regressive Regierung

Aktive Zivilgesellschaft inklusive demokratischer Opposition im Widerstand gegen rechtspopulistische Regierung

Rechtsextreme und völkisch-autoritäre Kräfte stellen die Bundesregierung, doch eine lebendige Zivilgesellschaft widersetzt sich. Protestbewegungen, freie Medien und internationale Netzwerke – in Kombination mit demokratisch regierten Ländern und Kommunen – halten den demokratischen Geist am Leben. Die Regierung reagiert mit dem Umbau öffentlicher Institutionen sowie der Ausgrenzung und Kriminalisierung demokratisch orientierter und zivilgesellschaftlicher Gruppen, doch der Widerstand wächst.

Die Gesellschaft ist hochpolarisiert: Loyalität und Opposition verlaufen durch Familien, Freundeskreise, Betriebe. Während Städte vielfach demokratisch orientiert sind, findet die rechte Regierung ihre Anhänger vor allem auf dem Land und in ehemaligen Industrieregionen. Kulturelle Räume – Theater, Kirchen, Start-ups, Schulen – werden zu politischen Orten. Der Staat versucht, Kontrolle über die öffentliche und digitale Kommunikation zu gewinnen, doch es gibt weiterhin eine relevante freie Presse. Die Wirtschaft ist gespalten: Einige Unternehmen unterstützen die neue Regierung, andere finanzieren heimlich Demokratieprojekte.

Im Alltag herrscht ein Klima von Angst und Hoffnung zugleich. Neue Technologien werden sowohl zu Werkzeugen der Kontrolle und Beruhigung als auch zu Instrumenten des Widerstands. Demokraten setzen plötzlich auf verschlüsselte Netzwerke, anonyme Plattformen und internationale Solidarität. 2035 ist Deutschland ein Land im inneren Kampf um seine Zukunft – zerrissen, aber noch nicht verloren.



Mara Becker (26),
Studentin und Aktivistin aus München

Mara studiert Politikwissenschaft, doch ihr Studium ist längst Nebensache. Seit die Regierung Proteste als »staatszersetzend« einstuft, lebt sie im Dauerstress: Organisation, Aktionen, Angst vor Hausdurchsuchungen. Ihre Eltern verstehen sie nicht – sie nennen sie »naiv« –, aber Mara glaubt fest, dass Freiheit nur dann bleibt, wenn man sie verteidigt. Ihre kleine Wohnung, ausgestattet mit alten Bannern, Kerzen, Laptops und Thermoskannen, ist zum Treffpunkt geworden. Manchmal, sagt sie, fühlt es sich an wie im Geschichtsbuch – nur ohne Gewissheit, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen.

»Wir haben keine Angst mehr, laut zu sein – Schweigen ist das Einzige, was sie wirklich stärkt.«

»Wenn Demokratie verteidigt werden muss, dann wenigstens mit Herz und Haltung.«



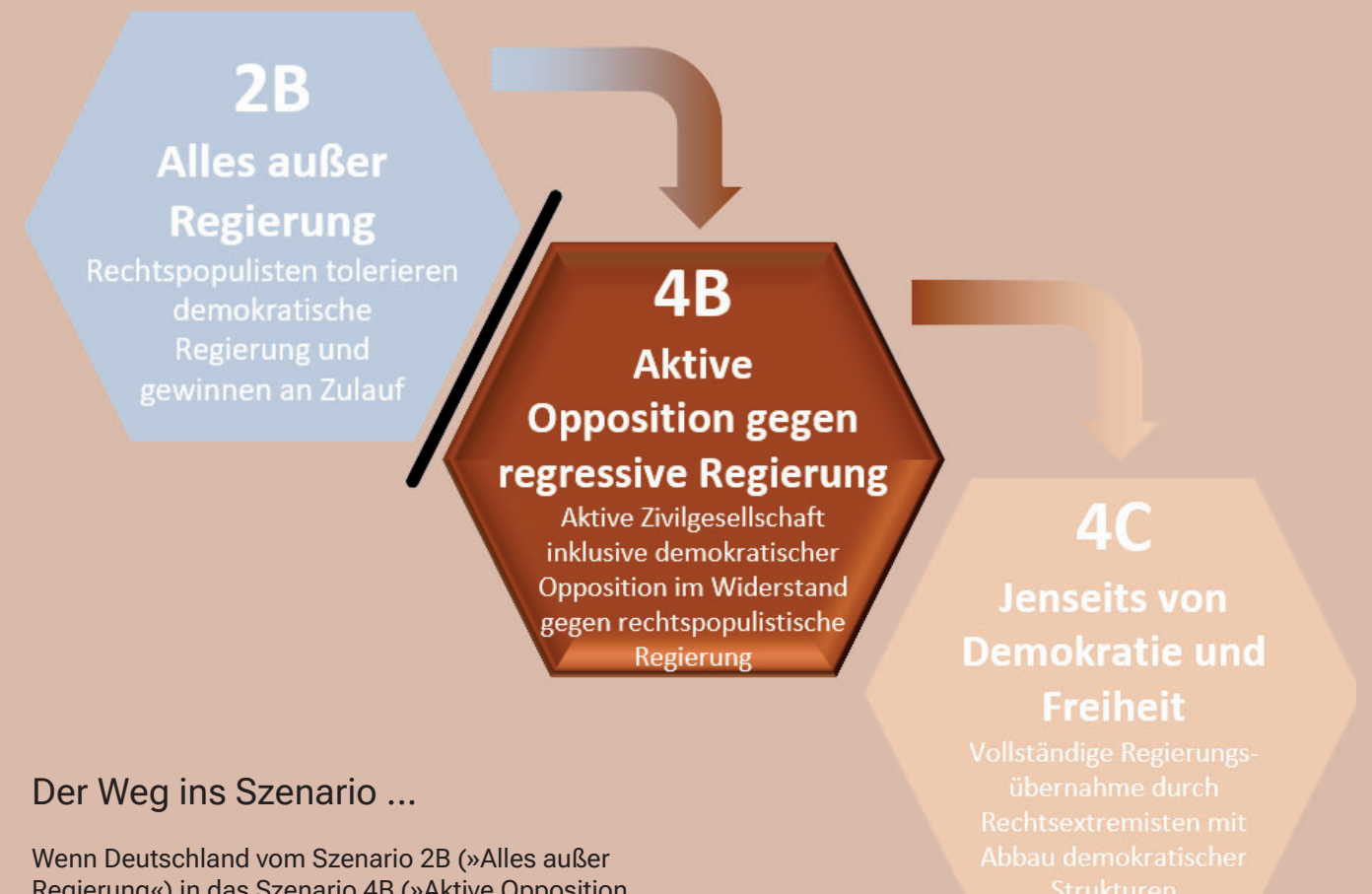
Oliver Hahn (50),
Geschäftsführer eines mittelständischen Betriebs in Nordrhein-Westfalen

Oliver steht für das »bürgerliche Rückgrat«, das die Regierung gezielt umwirbt. Er führt eine erfolgreiche Firma, sieht die Proteste in den Straßen als Bedrohung für Stabilität und Wirtschaft. Nachrichten schaut er nur noch über regierungstreue Kanäle – »endlich weniger Hysterie«. Er hält Mara und ihre Mitstreiter für »verführte Idealisten«, die nicht verstehen, wie wichtig Ordnung sei. Wenn Kunden oder Mitarbeitende politisch aktiv werden, bittet er sie, das »außerhalb der Arbeitszeit zu lassen«. In stillen Momenten spürt er aber, dass die Ruhe, die er sucht, nicht mehr dieselbe ist wie früher.

»Ich will einfach wieder Ordnung, keine ständigen Demos und Skandale.«

»Die Wirtschaft läuft, also kann's so falsch nicht sein.«

1	Position rechtspopulistischer Parteien	Außenpolitische Position Pro-europäisch. Rechtsstaatlichkeit eher nicht gegeben
2	Verhalten konservativer/liberaler Mitte-Rechts-Parteien	Keine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit RPP. Übernahme rechtspopulistischer Positionen nicht eindeutig
3	Machtbeteiligung rechtspopulistischer Parteien	Führung der Bundesregierung
4	Politisches Klima	Breites politisches (Diskurs-) Spektrum
5	Akzeptanz des politischen Systems / Parteien	Weitgehende Entfremdung von der Politik
6	Rechtsstaatlichkeit	Rechtssystem in der Krise
7	Medien und Öffentlichkeit	Dominante Rolle neuer/individueller Medien. Demokratische Fundierung der Medien nicht eindeutig
8	Migration	Politik trifft vor allem Arbeitsmärkte
9	Wirtschaftspolitik	Krise trotz Freihandel
10	Ergebnisse rechtspopulistischer Parteien	Machtzuwachs in Kombination mit höheren Wahlergebnissen
11	Zivilgesellschaft und Wahlen	Hoher Grad der Einschränkung / Delegitimierung freier Wahlen. Grad der Einschränkung zivilgesellschaftlicher Arbeit nicht eindeutig
12	Umgang der Wirtschaft mit Rechtspopulismus	Einstellung zu Rechtspopulismus spaltet die Unternehmenschaft
13	Grundposition rechtspopulistischer Parteien	Ideologische Orientierung Völkisch-national. Einstellung zur Demokratie kritisch oder feindlich.



Der Weg ins Szenario ...

Wenn Deutschland vom Szenario 2B (»Alles außer Regierung«) in das Szenario 4B (»Aktive Opposition gegen regressive Regierung«) gleitet, ergeben sich folgende Veränderungen:

- Rechtspopulistische Kräfte übernehmen die Regierung; der Kurs radikalisiert sich schnell zu einem völkisch-autoritären Programm.
- Demokratische Parteien sind nur noch eine Minderheit im Parlament und formieren gemeinsam mit NGOs eine außerparlamentarische Bewegung.
- Medienfreiheit wird eingeschränkt, kritische Stimmen werden kriminalisiert.
- Die Gesellschaft polarisiert sich entlang der Achse »Loyalität vs. Freiheit«.
- Unternehmen und Institutionen stehen vor der Frage: Anpassung oder offener Widerstand?
- Internationale Kritik am Rechtsruck in Deutschland nimmt zu, die Regierung reagiert mit Nationalstolz und Propaganda.
- Der innere Konflikt wird sichtbar – auf Straßen, in Familien, in Unternehmen.

Hier organisiert sich die demokratische Zivilgesellschaft gegen eine zunehmend autoritäre Regierung. Insofern beschreibt dieses Szenario den Wendepunkt von politisch dominierten Aktivitäten in Regierung und/oder Opposition hin zu einer gesellschaftlich getragenen Gegenbewegung zu einer offen regressiven Regierung – eine fragile Phase, in der demokratischer Widerstand über das Überleben der Freiheit entscheidet.

Der Weg zurück ...

Eine Rückkehr vom Szenario 4B (»Aktive Opposition gegen regressive Regierung«) zum Szenario 1 (»Bollwerk Demokratie«) wäre möglich, wenn mehrere gegensteuernde Entwicklungen einsetzen würden. Wichtige Hebel dafür wären:

- **Schutzräume für Demokratietarbeit sichern:** Internationale NGOs, Städtepartnerschaften und Kirchen können Rückzugsorte für Aktivisten bieten.
- **Nicht-gewaltsamen Protest professionalisieren:** Widerstandsgruppen sollten Strategien für zivilen Ungehorsam, Medienarbeit und Rechtsschutz systematisch aufbauen.
- **Demokratische Netzwerke internationalisieren:** Der Austausch mit Bewegungen in anderen Ländern kann Mut und Know-how vermitteln.
- **Wirtschaftliche Solidarität mobilisieren:** Unternehmen mit demokratischer Haltung sollten gezielt Organisationen und Initiativen unterstützen, die für Rechtsstaatlichkeit eintreten.
- **Erinnerungskultur aktivieren:** Historische Bildung und Zeitzeugnisse erinnern daran, dass autoritäre Systeme selten plötzlich entstehen – sondern schleichend.



Jenseits von Demokratie und Freiheit

Vollständige Regierungsübernahme durch Rechtsextremisten mit Abbau demokratischer Strukturen

Deutschland ist kein demokratischer Staat mehr. Eine völkisch-autoritäre Regierung hat die Kontrolle übernommen, Parlamente und Medien sind gleichgeschaltet, Oppositionelle ruhiggestellt, teilweise sogar inhaftiert oder ins Exil gezwungen. Wahlen existieren nur noch als Scheinrituale. Nationalismus, ethnische Homogenität und staatliche Stärke bilden das ideologische Fundament.

Gesellschaftlich herrscht Konformität: viele passen sich an, manche profitieren. Kunst, Wissenschaft und Bildung dienen der Ideologie, unabhängiges Denken gilt als Gefahr. Wirtschaftlich verfolgt die Regierung eine stark protektionistische Agenda, die alte Strukturen konserviert und Innovation einschränkt, während internationale Sanktionen und Kapitalflucht die Lage verschärfen. Minderheiten und Menschen mit Migrationshintergrund verlieren Rechte und werden ausgegrenzt und teilweise aus dem Land getrieben (»Remigration«).

Im Alltag dominieren Überwachung, Zensur und Angst. Technologie dient der Kontrolle – mittels biometrischer Systeme, Social Scores, algorithmischer Verdachtslisten. Digitale Kommunikation ist staatlich gelenkt. Für eine kleine Minderheit werden neue Technologien aber auch zu Werkzeugen des Widerstands – mittels verschlüsselter Netzwerke, anonymer Plattformen, internationaler Solidarität. Deutschland 2035 ist ein autoritärer Nationalstaat, in dem Freiheit nur noch als Erinnerung existiert.



Claudia Neumann (44),
Pressesprecherin eines Ministeriums in Berlin

Claudia begann ihre Karriere als Journalistin, kämpfte früher für Transparenz und Pressefreiheit. Heute sitzt sie in einem Regierungsgebäude, schreibt Statements, die »Klarheit schaffen« sollen – eine beschönigende Umschreibung für kontrollierte Information. Sie sagt sich, dass sie Verantwortung trägt, nicht Schuld. In Sitzungen wiederholt sie Phrasen wie »nationale Stabilität« oder »strategische Kommunikation«, während sie innerlich immer öfter stockt. Freunde aus alten Tagen meiden sie oder sprechen nur noch verklausuliert mit ihr am Telefon. Nachts fragt sie sich, wann sie aufgehört hat, Fragen zu stellen.

»Wer Stabilität will, muss auch klare Führung akzeptieren.«

»Die Leute verwechseln Freiheit mit Chaos – Ordnung ist kein Feind der Demokratie.«



Dragan Petrovic (37),
IT-Spezialist im Exil in Kopenhagen

Dragan floh, als in Deutschland neue »digitale Sicherheitspakete« eingeführt wurden, die jede Kommunikation überwachen. Er hatte zuvor in der Bundesverwaltung gearbeitet und erkannte früh, wohin das führte. In Kopenhagen lebt er mit anderen Exilanten, arbeitet nachts an sicheren Servern für unabhängige Medien. Er vermisst Berlin, seine Familie, seine Freunde – nicht aber das Schweigen, das dort mittlerweile herrscht. Wenn er alte Nachrichten liest, spürt er Wut und Trauer zugleich. Er sagt, sein neues Leben bestehe aus »Erinnerung und Widerstand in digitaler Form«.

»Ich hätte nie gedacht, dass man ein Land verlieren kann, ohne dass ein Schuss fällt.«

»Die Freiheit meiner Freunde wurde nicht gestohlen – sie wurde abgegeben, Stück für Stück.«

1	Position rechtspopulistischer Parteien	Anti-europäisch und wenig rechtsstaatlich
2	Verhalten konservativer/liberaler Mitte-Rechts-Parteien	Zusammenarbeit auch als Juniorpartner
3	Machtbeteiligung rechtspopulistischer Parteien	Führung der Bundesregierung
4	Politisches Klima	Politisches Spektrum rückt nach rechts - Starke Polarisierung
5	Akzeptanz des politischen Systems / Parteien	Weitgehende Entfremdung von der Politik
6	Rechtsstaatlichkeit	Rechtssystem in der Krise
7	Medien und Öffentlichkeit	Entdemokratisierung / Aushöhlung etablierter Medien
8	Migration	Massive Repression (Remigration)
9	Wirtschaftspolitik	Protektionismus führt in die Krise
10	Ergebnisse rechtspopulistischer Parteien	Hoher Einfluss rechtspopulistischer Parteien. Wahlergebnisse nicht eindeutig
11	Zivilgesellschaft und Wahlen	Signifikante Einschränkung von Wahlen und zivilgesellschaftlicher Arbeit
12	Umgang der Wirtschaft mit Rechtspopulismus	Unternehmen unterstützen vielfach rechtspopulistische Positionen
13	Grundposition rechtspopulistischer Parteien	Völkisch-autoritäre / Rechtsextremistische Orientierung

Der Weg ins Szenario ...

Wenn Deutschland vom Szenario 4A (»Freiheit von Recht(s)«) in das Szenario 4C (»Jenseits von Demokratie und Freiheit«) gleitet, ergeben sich folgende Veränderungen:

- Die rechtsextreme Regierung radikalisiert sich zu einem völkisch-autoritären Regime.
- Wirtschaftsliberale oder libertäre Kräfte verlieren an Bedeutung: Wirtschaftlicher Protektionismus führt zu Isolation, während soziale Kontrolle zunimmt.
- Gewaltenteilung und freie Wahlen werden abgeschafft, die Justiz gleichgeschaltet.
- Opposition und unabhängige Medien werden verboten oder kontrolliert.
- Propaganda ersetzt politische Kommunikation; Loyalität wird zur zentralen Tugend.
- Ethnisch-nationalistische Politik führt zu Ausgrenzung und Verfolgung.
- Demokratie existiert nur noch als Fassade – der Staat wird autokratisch.

Wenn Deutschland vom Szenario 4B (»Aktive Opposition gegen regressive Regierung«) in das Szenario 4C (»Jenseits von Demokratie und Freiheit«) gleitet, ergeben sich folgende Veränderungen:

- Der völkisch-autoritären Regierung gelingt es, die zivilgesellschaftliche Opposition zu zerschlagen.
- Führende Aktivistinnen, Journalistinnen und Künstler werden verhaftet oder fliehen ins Exil.
- Medien und Bildung werden vollständig staatlich kontrolliert.
- Digitale Überwachungssysteme und Social Scoring sichern die Kontrolle des Regimes.
- Internationale Kritik führt zu noch stärkerer Abschottung.
- Unternehmen und Institutionen ordnen sich dem Staat unter – freiwillig oder erzwungen.
- Der Widerstand existiert nur noch im Untergrund, die Demokratie ist vollständig beseitigt.

Hier haben Rechtspopulisten die Macht vollständig übernommen, demokratische Strukturen sind abgeschafft. Die beiden Übergänge zeigen, wie aus einer illiberalen Demokratie – mit aktiver Opposition (Szenario 4B) oder primärer Ökonomie-Orientierung (Szenario 4A) eine autoritäre Ordnung entsteht – ein System, das Stabilität durch Kontrolle und Homogenität ersetzt und in dem politische Alternativen systematisch ausgeschlossen werden.



Der Weg zurück ...

Eine Rückkehr vom Szenario 4C (»Jenseits von Demokratie und Freiheit«) zum Szenario 1 (»Bollwerk Demokratie«) wäre möglich, wenn mehrere gegensteuernde Entwicklungen einsetzen. Wichtige Hebel dafür wären:

- **Internationale Isolation durchbrechen:** Exilorganisationen und freie Medien im Ausland müssen unterstützt werden, um Informationen und Stimmen aus dem Land zu erhalten.
- **Digitale Infrastruktur für Demokratie schaffen:** Sichere Kommunikationsnetzwerke ermöglichen Untergrundjournalismus und Schutz von Aktivisten.
- **Demokratische Exilgemeinschaften stärken:** Menschen, die geflohen sind, können demokratische Kultur und Erinnerung bewahren und später beim Wiederaufbau helfen.
- **Gezielte humanitäre und rechtliche Unterstützung:** Internationale Institutionen sollten Schutzprogramme für Verfolgte, Juristen, Journalistinnen und Künstler aufbauen.
- **Langfristige Perspektive auf Wiederaufbau:** Demokratiearbeit im Exil muss auf die Zeit nach dem Regime vorbereitet sein – mit Konzepten für Rechtsstaat, Bildung und Medienpluralismus.

Parteienverbot als demokratischer Selbstschutz

Die vorliegende Szenariostudie entsteht zu einer Zeit, in der es eine dynamische Diskussion um ein Verbotsverfahren gegen die Alternative für Deutschland (AfD) gibt. Die Brisanz der aktuellen Entwicklung hat uns veranlasst, zusätzlich die Chancen und möglichen Wirkungen des Verbots einer – hier fiktiven – rechtsextremen Partei in den einzelnen Szenarien durchzuspielen. Bevor wir dies tun, gehen wir kurz auf den aktuellen Hintergrund, die Idee und die rechtlichen Grundlage eines Parteienverbots in Deutschland ein.

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses Anfang Januar 2026 stellte sich die Situation so dar: Wie bereits in der Einleitung erwähnt, hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz Anfang Mai 2025 die gesamte AfD als »gesichert rechtsextremistisch« eingestuft. Sein mehr als 1.000 Seiten langes Gutachten kam zu dem Schluss, dass das »in der Partei vorherrschende ethnisch-abstammungsmäßige Volksverständnis« nicht mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar sei. Die AfD hat dagegen inzwischen geklagt; bis zu der noch ausstehenden Gerichtsentscheidung ist diese Einstufung daher vorerst ausgesetzt. In vier Bundesländern –Thüringen, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt – sind die Landesverbände der AfD bereits als gesichert rechtsextrem eingestuft. In fünf weiteren Bundesländern gelten Landesverbände als Verdachtsfälle. (Neuerer, 2025) Eine abschließende gerichtliche Bestätigung der Verfassungsschutz-Einstufung könnte den Weg zur Eröffnung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD frei machen.

Warum es in Deutschland die Möglichkeit eines Parteienverbots gibt

Das Parteienverbot ist ein zentrales Instrument des deutschen Verfassungsrechts, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen. Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes sieht vor, dass Parteien verboten werden können, wenn sie »nach ihren Zielen

oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen«. Diese Regelung ist Ausdruck des sogenannten »wehrhaften Demokratismus« – also der Idee, dass eine Demokratie sich gegen ihre Feinde verteidigen darf. Sie entstand aus den Erfahrungen der Weimarer Republik, in der extremistische Bewegungen die Demokratie mit demokratischen Mitteln zerstörten.

In welcher Form ein Parteienverbot ablaufen würde

Ein Parteienverbot kann nur durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen werden. Antragsberechtigt sind Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung. Das Verfahren ist aufwendig und setzt einen hohen Beweisstandard voraus: Eine bloße verfassungsfeindliche Gesinnung reicht nicht aus; es muss auch eine aktiv-kämpferische Haltung und ein konkretes Gefährdungspotenzial für die demokratische Ordnung bestehen. Ein Verbotsverfahren ist zugleich ein politischer Akt, da es die Gesellschaft zwingt, sich über Grenzen der Toleranz und den Charakter des demokratischen Pluralismus zu verständigen. Es ist selten: In der Bundesrepublik wurden bislang nur zwei Parteien erfolgreich verboten (SRP 1952, KPD 1956), während das Verbotsverfahren gegen die NPD 2017 mangels Erfolgsaussicht eingestellt wurde.

In welchen Szenarien ein Parteienverbot welche Wirkung hätte

Szenario 1 (»Bollwerk Demokratie«):

Ein Parteienverbot wäre möglich, wenn sich eine rechtsextreme Partei ideologisch radikalisiert. Es würde als Verteidigung der Demokratie gelten und die politische Kultur kurzfristig stabilisieren. Die Akzeptanz wäre hoch, das Vertrauen in Institutionen würde wachsen.

Szenario 2A (»Das süße Gift von rechts«):

Ein Verbot wäre juristisch denkbar, politisch aber kontrovers. Viele Bürger würden es als überfällige Grenzziehung begrüßen, andere als Ausdruck von Zensur empfinden. Es könnte die demokratische Mitte kurzfristig festigen, zugleich aber neue Protestbewegungen hervorrufen.

Szenario 2B (»Alles außer Regierung«):

Hier wäre ein Parteienverbot rechtlich noch möglich, politisch jedoch äußerst schwierig. Da rechtspopulistische Kräfte die Regierung tolerieren, würde ein Verbot vermutlich nicht auf die Agenda kommen. Allerdings würde ein Verbotsverfahren den verbliebenen Rest an demokratischer Wehrhaftigkeit sichtbar machen – aber mit ungewissem Ausgang.

Szenario 3A (»Ein wenig mehr rechts, bitte«):

Wegen der moderaten Rhetorik der rechtspopulistischen Kräfte und ihrer institutionellen Integration (bis hin zur Regierungsbeteiligung) wäre ein Verbot unwahrscheinlich. Rechtlich fehlte der Nachweis einer aktiv verfassungsfeindlichen Zielsetzung.

Szenario 3B (»Lasst sie mal machen«):

Ein Verbot ist praktisch ausgeschlossen, da rechtspopulistische Parteien die Regierung anführen und sich formal auf demokratische Verfahren berufen.

Szenario 4A (»Freiheit von recht(s)«):

Ein Verbot einer rechtsextremen Regierungspartei wäre nur durch die Opposition einklagbar. Realistisch wäre dies kaum durchsetzbar, da Justiz und Verfassungsorgane bereits unter politischem Druck stehen.



Szenario 4B (»Aktive Opposition gegen regressive Regierung«):

Ein Verbotsverfahren wäre nur noch möglich, wenn es im Bundesrat eine Mehrheit für ein Verfahren gäbe. Gleichzeitig müsste sich das Bundesverfassungsgericht gegen die Bundestagsmehrheit und die Bundesregierung entscheiden, was zu einer massiven Staatskrise führen würde.

Szenario 4C (»Jenseits von Demokratie und Freiheit«):

Hier wäre ein Parteienverbot undenkbar. Die Regierung kontrolliert die Justiz, die Opposition ist kriminalisiert. Der Gedanke des wehrhaften Demokratismus existiert nicht mehr.

Warum es kein eigenständiges »Verbots-Szenario« gibt

Ein Parteienverbot verändert kein politisches System grundlegend, sondern kann es nur stabilisieren oder erschüttern. In einem funktionierenden Rechtsstaat (wie Szenario 1 oder 2A) würde ein Verbot rechtsextremer Parteien die Demokratie stärken und womöglich sogar eine Rückkehr in den Zustand von Szenario 1 einleiten.

In autoritären oder völkisch-autoritären Szenarien (4A oder 4C) wäre ein solches Verfahren entweder nicht mehr möglich oder würde als Propagandainstrument missbraucht. Ein Verbotsszenario führt also nicht zu einer eigenen, neuen Entwicklungslinie, sondern kann den Übergang zu bestehenden Szenarien einleiten – entweder zu einer demokratischen Stabilisierung (Rückkehr zu 1) oder zu einer verdeckten Anpassung an autoritäre Machtverhältnisse.

Tabelle 2: Übergänge und Kippunkte im Szenarioraum – eine Übersicht

Übergang	Ausgangssituation	Kipppunkt / Dynamik	Endzustand
1 → 2A Von stabiler Demokratie zur schleichenden Entdemokratisierung der Mitte	Demokratische Parteien agieren erfolgreich gegen Populismus, doch die gesellschaftliche Polarisierung bleibt bestehen.	Übernahme rechtspopulistischer Narrative im politischen Mainstream; Diskurs verschiebt sich, ohne dass Populisten in die Regierung eintreten.	Institutionen bleiben intakt, aber die demokratische Kultur erodiert von innen; die politische Mitte verliert Orientierung und moralische Klarheit.
2A → 2B Von stiller Entdemokratisierung zur offenen Tolerierung	Demokratische Parteien übernehmen Teile populistischer Argumentation; Brandmauer noch formal vorhanden.	Rechtspopulisten gewinnen gesellschaftliche Akzeptanz; konservative Parteien akzeptieren faktische Unterstützung; Polarisierung vertieft sich.	Demokratische Regierung wird von populistischen Kräften toleriert; demokratische Kultur erlahmt, Empathie und Pluralismus schwinden.
2B → 4B Von populistischer Tolerierung zum offenen Widerstand	Rechtspopulistische Tolerierung hat Regierung handlungsunfähig gemacht; demokratische Kultur ist brüchig.	Machtübernahme durch völkisch-autoritäre Kräfte; Repressionen gegen Opposition; ausgeprägte Polarisierung der Gesellschaft.	Völkisch-autoritäre Regierung trifft auf wachsenden Widerstand einer aktiven Zivilgesellschaft; innere Konflikte prägen das Land.
4B → 4C Vom Widerstand zur Unterdrückung	Völkisch-autoritäre Regierung wird durch starke zivilgesellschaftliche Opposition herausgefordert.	Regierung nutzt Überwachung, Zensur und Repression, um Kontrolle zu sichern; führende Oppositionelle werden inhaftiert oder fliehen.	Völkisch-autoritäres Regime beseitigt Demokratie vollständig; Staat wird autoritär und geschlossen nationalistisch.
1 → 3A Von demokratischer Kooperation zur populistischen Anpassung	Stabile liberale Demokratie; klare Abgrenzung zu rechtspopulistischen Kräften; hohe institutionelle Integrität.	Konservative Parteien lockern Abgrenzung; rechtspopulistische Akteure wirken gemäßigter; erste lokale Kooperationen werden normalisiert.	Formale Demokratie bleibt stabil, aber Diskurs und Werte verschieben sich schleichend nach rechts; Opportunismus ersetzt klare Haltung.
3A → 3B Vom lokalen Pragmatismus zur nationalen Machtübernahme	Rechtspopulistische Parteien regieren in Kommunen sowie als Juniorpartner auf Landes- und Bundesebene mit; Demokraten glauben, sie kontrollieren zu können.	Rechtspopulistische Kräfte professionalisieren sich; Konservative übernehmen Rhetorik; der Begriff „patriotisch“ wird politisch positiv besetzt.	Gemäßigte rechtspopulistische Partei führt die Regierung; System bleibt formal demokratisch, ist aber nationalistisch und autoritär im Ton.
3B → 4A Vom populistischen Autoritarismus zum rechtsextremen Regime	Gemäßigte rechtspopulistische Regierung dominiert; Kontrolle über Medien und Justiz wächst.	Libertäre Rechtsextreme übernehmen Parteiführung; Grundrechte werden eingeschränkt; Opposition und rechtstaatliche Institutionen delegitimiert.	Rechtsextreme Regierung etabliert sich mit autoritärem Wirtschafts- und Sicherheitskurs; Demokratie existiert nur noch formal.
4A → 4C Vom libertären Rechtsextremismus zum völkisch-autoritären Staat	Rechtsextreme Regierung kontrolliert zentrale Institutionen; Opposition geschwächt.	Ideologische Radikalisierung: ethnisch-nationalistische Rhetorik ersetzt pragmatischen Nationalismus; Gewaltenteilung aufgehoben.	Völkisch-autoritäres Regime beseitigt Demokratie vollständig; Staat wird autoritär und geschlossen nationalistisch.



Acht Thesen zur Zukunft der liberalen Demokratie

Ergebnisse der Studie

»Alte Grenzen – Neue Gefahren 2035«

These 1: Die liberale Demokratie bleibt nur stark, wenn sie sich aktiv abgrenzt.

Demokratische Stabilität entsteht nicht durch Neutralität, sondern durch Haltung. In allen stabilen Szenarien zeigt sich: Erst die konsequente Kooperation demokratischer Kräfte – über Parteien, Institutionen und Zivilgesellschaft hinweg – ermöglicht die Abwehr rechtspopulistischer Einflüsse. Wer die Demokratie verteidigen will, muss sie auch öffentlich behaupten und mit klaren Grenzen schützen. Das Bollwerk Demokratie entsteht nicht zufällig, sondern durch gemeinsames Handeln.

These 2: Die schleichende Anpassung ist mindestens so gefährlich wie der offene Angriff.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Demokratien selten abrupt zusammenbrechen, sondern eher langsam erodieren, wobei sich die Prozesse um Kipppunkte herum beschleunigen können. Wenn etablierte Parteien und Akteure beginnen, rechtspopulistische Sprache, Themen oder Feindbilder zu übernehmen, verschiebt sich der politische Referenzrahmen unmerklich. Diese Normalisierung populistischer Muster ist die leise, aber wirksame Form der Destabilisierung – sichtbar bereits in den Szenarien 2A und 3A.

These 3: Die Erosion der Mitte entscheidet über die Zukunft der Demokratie.

Nicht die Ränder, sondern die politische und gesellschaftliche Mitte ist das entscheidende Feld der Auseinandersetzung. Dort, wo Kompromissfähigkeit, Respekt und Vertrauen verloren gehen, entsteht Raum für Polarisierung. Szenarien wie »Das süße Gift von rechts« (2A) sowie »Alles außer Regierung« (2B) zeigen, dass Populismus selbst ohne Machtbeteiligung den politischen Diskurs dominieren kann – weil die Mitte ihre eigene Sprache verliert.

These 4: Demokratie braucht starke Institutionen – und Vertrauen in sie.

Unabhängige Institutionen, freie Medien und eine funktionierende Justiz sind das Rückgrat demokratischer Resilienz. Doch ihre Stabilität hängt nicht nur von Gesetzen, sondern von gesellschaftlicher Akzeptanz ab. In den regressiven Szenarien wird sichtbar: Wenn das Vertrauen in Institutionen schwindet, kann selbst eine formal intakte Demokratie rasch in eine Exekutivdominanz (»Regieren per Dekret«) kippen. Institutionelle Stärke ist daher kein Selbstläufer, sondern eine kulturelle Errungenschaft.

These 5: Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit sind Grundpfeiler und Frühwarnsysteme der Demokratie.

In allen autoritären Szenarien beginnt die Transformation mit dem Rückzug oder der Spaltung der Zivilgesellschaft. Wo kritische Öffentlichkeit, Protest und Engagement an Legitimität verlieren, verschiebt sich das Machtgleichgewicht zugunsten der Exekutive. Umgekehrt zeigt das Bollwerk-Szenario, wie eine aktive, vernetzte und vielfältige Zivilgesellschaft Polarisierung abfedern und demokratische Werte im Alltag verankern und schützen kann.

These 6: Ökonomische und demokratische Stabilität sind untrennbar verbunden.

Wirtschaftliche Dynamik allein stabilisiert keine Demokratie – entscheidend ist, wie sie eingebettet ist. In autoritären Szenarien entsteht eine enge Verbindung zwischen wirtschaftlicher Macht und politischer Kontrolle: Loyalität wird wichtiger als Leistung. Demokratische Systeme dagegen basieren auf sozialer Marktwirtschaft, Transparenz und Verantwortung. Die Balance von ökonomischer Freiheit und gesellschaftlicher Teilhabe ist somit ein zentraler Faktor politischer Resilienz.

These 7: Europas Zukunft entscheidet sich auch in Deutschland.

Die Landkarte zeigt, dass europäische Einbindung und demokratische Stabilität eng zusammenhängen. In proeuropäischen Szenarien bleibt Deutschland Teil eines wertebasierten Rahmens, der Rechtsstaatlichkeit stärkt. In nationalistisch geprägten Szenarien dagegen führt der Rückzug ins Nationale zu Isolation, Machtkonzentration und Legitimitätsverlust. Der europäische Kontext wirkt somit wie ein Sicherheitsnetz – sein Verlust wäre ein Kipppunkt. Gleichzeitig wäre eine nationalistische und autoritäre Ausrichtung Deutschlands eine hochgeradig kritische, wenn nicht existenzgefährdende Entwicklung für das »Projekt Europa«.

These 8: Demokratie braucht Zukunftsbilder – nicht nur Abwehrkämpfe.

Langfristig bleibt Demokratie nur attraktiv, wenn sie Hoffnung vermittelt und Mitgestaltung ermöglicht. Gesellschaften, in denen Demokraten lediglich reagieren, verlieren an Energie. Erst wenn die verschiedenen demokratischen Kräfte – auch und gerade im intensiven Diskurs – wieder Visionen für Gerechtigkeit, Fortschritt und Zusammenhalt formulieren, können sie der populistischen Deutungshoheit etwas entgegensetzen. Die Zukunft der Demokratie hängt nicht allein von ihrer Verteidigung, sondern von Gestaltungskraft ab – von der Fähigkeit, überzeugende Erzählungen jenseits von Angst und Unsicherheit zu entwickeln. Insofern greifen an dieser Stelle wieder die »Neue Horizonte«-Szenarien mit der Frage nach dem gesellschaftlichen Zielbild: »Was könnten wir wollen?«.



Literatur

Amadeu Antonio Stiftung: *Die Klimawandelleugnung der AfD kündigt die Generationengerechtigkeit auf*, online: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/die-klimawandelleugnung-der-afd-kuendigt-die-generatio-nengerechtigkeit-auf-117095/>, 22.10.2024

Applebaum, Anne: *Die Verlockung des Autoritären. Warum antidemokratische Herrschaft so populär ge worden ist*. Pantheon, München, 2022

Bauman, Zygmunt: *Retrotopia*. Polity, 2017

Behler, A. M. C., et al.: *Making America Great Again? National Nostalgia's Effect on Outgroup Perceptions*. Frontiers in Psychology, 2021

Bensmann, Marcus; **CORRECTIV**: *Niemand kann sagen, er hätte es nicht gewusst. Die ungeheuerlichen Pläne der AfD*. Galiana, Berlin, 2024

Best, Volker; **Decker**, Frank; **Fischer**, Sandra; **Küp pers**, Anne: *Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Ins titutionen und Gesellschaft?* Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Bonn, 2023

Boym, Svetlana: *The Future of Nostalgia*. Basic Books, 2001

Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (BLPB): *Dossier Rechtspopulismus*. Online <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulis-mus/>, 22.5.2025

Brunnhuber, Stefan: *Die offene Gesellschaft. Ein Plädoyer für Freiheit und Ordnung im 21. Jahrhundert*. Oekom, München, 2019

Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hrsg.): *Gemeinsam für Demokratie und gegen Ex tremismus. Strategie der Bundesregierung für eine starke, wehrhafte Demokratie und eine offene und viel-fältige Gesellschaft*, Berlin, Mai 2024

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): *Glossar zu Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Rechtsra-dikalismus*. Online: <https://www.bpb.de/themen/rechts-extremismus/dossier-rechtsextremismus/500806/rechtsextremismus/> ff., 1.12.2025

Burmeister, Klaus; **Fink**, Alexander; **Schulz-Mon-tag**, Beate; **Steinmüller**, Karlheinz: *Deutschland neu denken. Acht Szenarien für unsere Zukunft*, Oekom, München, 2018

CeMAS – Center für Monitoring, Analyse und Stra-tegie (Hrsg.): *Militanter Akzelerationismus. Ursprung und Aktivität in Deutschland*, Berlin, 2022

Decker, Oliver; **Brähler**, Elmar (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020*. Psychosozial-Verlag, Gießen, 2020

Decker, Oliver; **Kiess**, Johannes; **Heller**, Aylene; **Bräh-ler**, Elmar (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*. Psychosozial-Verlag, Gießen, 2022

Decker, Oliver; **Kiess**, Johannes; **Heller**, Aylene; **Bräh-ler**, Elmar (Hrsg.): *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipzi-ger Autoritarismus Studie 2024*. Psychosozial-Verlag, Gießen, 2024

Deimling, Daniel: *Antifaschistische Ökonomik – eine kritische Analyse. Essay*. Online: <https://www.stb-web.de/news/article.php/id/26388>, 9.7.2025

De Weck, Roger: *Die Kraft der Demokratie. Eine Ant-wort auf die autoritären Reaktionäre*. Suhrkamp, Berlin, 2020

Dolan, Paul: *Befliefism. How to stop hating the people we disagree with*. The Bridge Street Press, London, 2025

Enskat, Sebastian; **Stellwag**, Michael: *Zwischen Ab-grenzung, Einbindung und Tolerierung. Fallbeispiele für den Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Europa*. Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin, 2025

Fink, Alexander; **Burmeister**, Klaus; **Robers**, Diane: *Zukunftsszenarien Politik 2030plus. Impuls-Studie*. Hanns-Seidel-Stiftung, München, 2022

Fink, Alexander; **Burmeister**, Klaus; **Rammig**, Hanna; **Schulz-Montag**, Beate: *Neue Horizonte 2045 – Mis-sionen für Deutschland*. D2030 e.V., Berlin, 2024

Fink, Alexander; **Siebe**, Andreas: *Szenario-Manage-ment. Von strategischem Vorausdenken zu zukunfts-robusten Entscheidungen*. Campus-Verlag, Frankfurt/ New York, 2016

Flägel, Viktoria: *Unterschied zwischen rechts, rechts-radikal und rechtsextrem*. Online: <https://katapult-mv.de/artikel/rechts-rechtsradikal-rechtsextrem-definitio-nen/>, 8.2.2024

Geiselberger, Heinrich (Hrsg.): *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die gesitige Situation der Zeit*. edition Suhrkamp, Berlin, 2017

„**Gesichert rechtsextremistisch**“. So begründet das Bundesamt für Verfassungsschutz die Einstufung der AfD. Deutschlandfunk vom 2.5.2025, Online: <https://www.deutschlandfunk.de/so-begrundet-das-bun-desamt-fuer-verfassungsschutz-die-einstufung-der-afd-100.html>

Heidenreich, Felix: *Die Zukunft der Demokratie. Wie Hoffnung politisch wird*. Reclam, Ditzingen, 2023

Kamphuis, Lammert: *Entpolarisiert euch! Mit Philo-sophie gegen die Spaltung der Gesellschaft*. Aufbau, Berlin, 2025

Klein, Stefan: *Aufbruch. Warum Veränderung so schwer fällt und wie sie gelingt*. S. Fischer, Frankfurt am Main, 2025

Kumkar, Nils C.: *Alternative Fakten*. Suhrkamp, Berlin, 2022

Levitsky, Steven; **Ziblatt**, Daniel: *Wie Demokratien sterben*. Pantheon, München, 2019

Lochocki, Timo: *Deutsche Interessen. Wie wir zur stärksten Demokratie der Welt werden – und damit den liberalen Westen retten*. Herder, Freiburg, 2025

Mau, Steffen; **Lux**, Thomas; **Westheuser**, Linus: *Trig-gerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsge-sellschaft*. edition suhrkamp, Berlin, 2023

Menzel, Ulrich: *Wendepunkte. Am Übergang zum autoritären Jahrhundert*. Suhrkamp, Berlin, 2023

Moffitt, Benjamin: *The Global Rise of Populism*. Stan-ford University Press, 2016

Mühlhoff, Rainer: *Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus*. 4. Auflage. Reclam, Ditzingen, 2025

Münch, Ursula: *Wohlstand in Gefahr? Ursachen und Folgen von Populismus*, ifo Schnelldienst 3 / 2024 77. Jahrgang 13. März 2024

Neuerer, Dietmar: *Innenminister beraten über AfD-Ver-botsverfahren*. Handelsblatt vom 4.12.2025. Online: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/rechtsextremismus-innenminister-beraten-ueber-afd-verbotsverfahren/100180284.html>

Neumann, Peter R.; **Schneider**, Richard C.: *Das Ster-ben der Demokratie. Der Plan der Rechtspopulisten – in Europa und den USA*. Rowohlt, Berlin, 2025

Peters, Robert: *Land der Ohnmacht? Schluss mit dem Zweifel. Wie wir selbstwirksam und aktiv Deutschlands Zukunft gestalten*. Bonfatius, Paderborn, 2025

Reckwitz, Andreas: *Verlust. Ein Grundproblem der Moderne*. Suhrkamp, Berlin, 2024

Richter, Hedwig; **Ulrich**, Bernd: *Demokratie und Revo-lution*, Köln, 2024

Römmele, Andrea: *Demokratie neu denken. Szenarien unserer Welt von morgen*. Campus, Frankfurt, 2024

Ruch, Philipp: *Es ist 5 vor 1933. Was die AfD vorhat und wie wir sie stoppen*. Ludwig, München, 2024

Schieritz, Mark: *Zu dumm für die Demokratie? Wie wir die liberale Ordnung schützen, wenn der Wille des Volkes gefährlich wird*. Droemer, München, 2025

Schönhofer, Gerhard; **Komonen**, Pauli; **Schwarz**, Jan Oliver, **Bechthold**, Laura: *Futures of Everyday Life: A Qualitative Analysis of Future Personas in Scena-rios*. Futures & Foresight Science 8(1) DOI:10.1002/ffo2.70030

Scholz, Markus: *Wirtschaft mit Werten. Warum Unter-nehmen Verantwortung übernehmen müssen*. Droe-mer, München, 2025

Sedikides, Constantine; **Wildschut**, Tim; **Smeekes**, Anouk: *Nostalgia and Populism. An Empirical Psycho-logical Perspektive*. In: ZZF Centre for Contemporary History: Zeithistorische Forschungen, Potsdam 2021

Starken, Sally Lisa: *Zu Besuch am rechten Rand. War-um Menschen AfD wählen*. Heyne, München, 2025

Steinmeier, Frank-Walter (Hrsg.): *Zur Zukunft der De-mokratie. 36 Perspektiven*. Siedler, München, 2022

Stichnoth, Holger; **Hebsake**, Michael: *Reformvor-schläge der Parteien zur Bundestagswahl 2025: Finanzielle Auswirkungen, Gutachten des ZEW – Leib-niz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung*, Mannheim, 2025

Teichler, Nils; **Groh-Samberg**, Olaf; **Gerlitz**, Jean-Yves (Hrsg.): *(Un)mögliche Transformation? Gesellschaftli-cher Zusammenhalt und Einstellungen zum Klimawan-del in Deutschland*. Zweiter Zusammenhaltsbericht des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusam-menhalt (FGZ), Leipzig, 2025

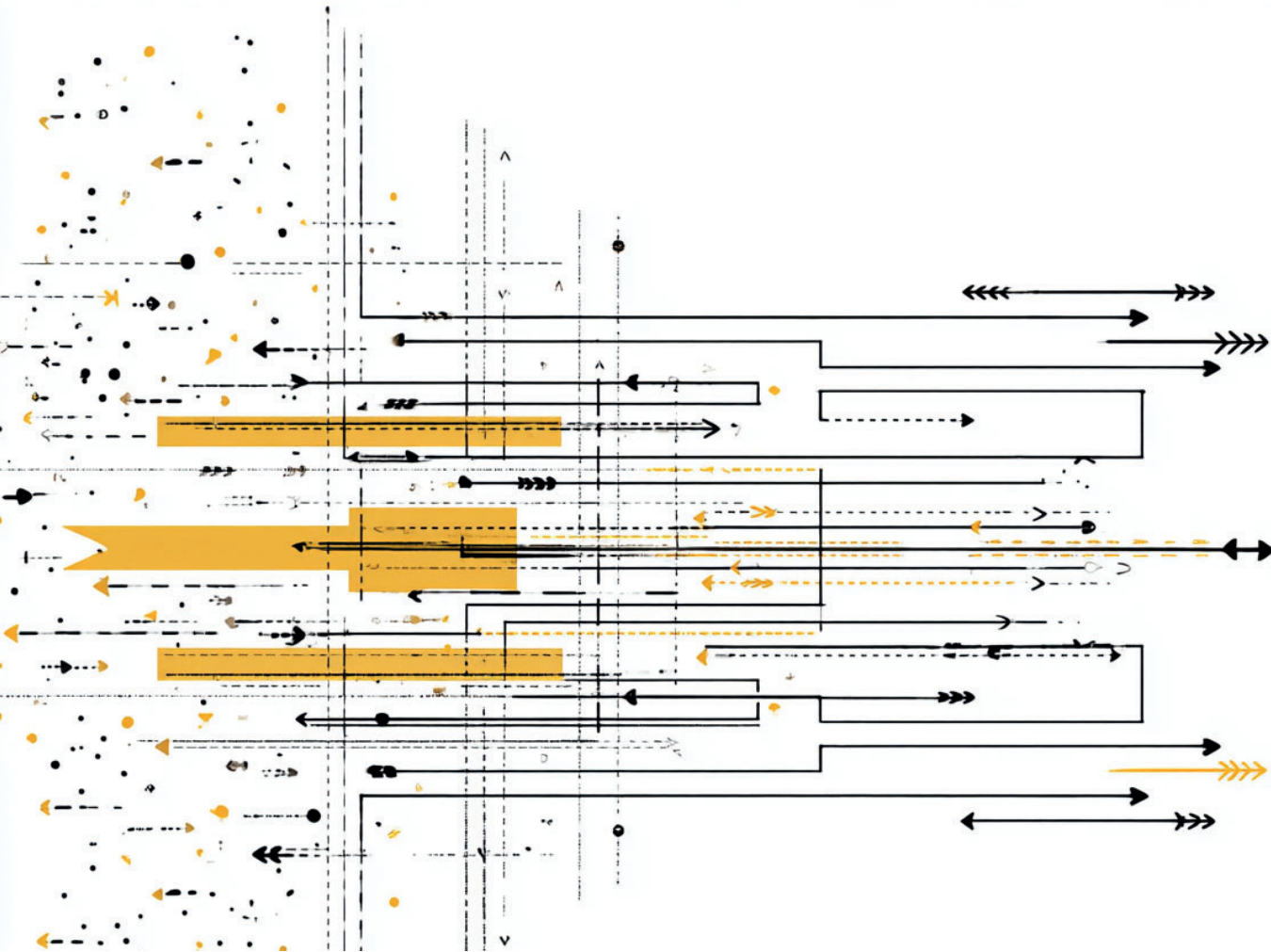
Traverso, Enzo: *The New Faces of Fascism. Populism and the Far Right*. Verso, 2019

Wijnberg, Rob: *Ruinen der Wahrheit. Eine kurze Ge-schichte unserer Zeit*. C.H. BEck, München, 2025

Wodak, Ruth: *The Politics of Fear. The Shameless Nor-malization of Far-Right Discourse*, 2nd Edition, Sage Academic Books, London, 2023

Zick, Andreas; **Küpper**, Beate; **Mokros**, Nico; **Eden**, Marco (Hrsg.): *Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutsch-land 2024/25*. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Dietz, 2025

ZDFheute: *Empörung nach Unions-Mehrheit mit AfD-Stimmen*, Liveblog, 29.01.2025, <https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/liveblog-bundestag-migration-debatte-brandmauer-100.html>



Demokratie ist kein Zustand. Sie ist eine Entscheidung Gestalte demokratische Zukünfte mit: In der D2030-Missionswerkstatt

Unsere Studie zeigt, wo demokratische Handlungskraft schleichend verloren geht. Die D2030-Missionswerkstatt schafft dafür einen konkreten Handlungsraum, den Organisationen als Host für ihre eigene Community ausrichten: In vier Stunden entwickeln bis zu 20 Teilnehmende aus ihrer individuellen Vision eine persönliche Mission und definieren verbindliche erste Schritte für das „Morgen“.

Die Zielgruppen: Für Teams aus Vereinen und Social-Impact-Organisationen etc. bringt das Format Fokus auf Sinn als Energiequelle zurück und verbindet persönliche Mission mit organisationaler Vision. Für Verbände, Kammern und Genossenschaften etc. aktiviert es die Community, stärkt Ownership und richtet Engagement selbstorganisiert an bestehenden Strukturen aus.

Neun Werkstätten mit über 100 Teilnehmenden wurden mit 8,6 von 10 Punkten bewertet und zeigen eine hohe Umsetzungswahrscheinlichkeit der entwickelten Missionen. Wer eine Missionswerkstatt für die eigene Organisation hosten möchte, findet alle Informationen unter www.missionswerkstatt.de



Impressum

Herausgeber:
D2030 Deutschland neu denken e.V.
www.d2030.de

Autor:innen:
Dr. Alexander Fink
Hanna Rammig
Beate Schulz-Montag
Klaus Burmeister

Februar 2026

ISBN 978-3-00-085658-7

Bildquellen:
Midjourney; außer Thorsten Hennig: S.58

Gestaltung: Kareen Klug

Zitiervorschlag:
Fink, Alexander; Rammig, Hanna; Schulz-Montag, Beate; Burmeister, Klaus: Alte Grenzen – Neue Gefahren 2035. Wenn der rechte Rand die Zukunft prägt – Szenarien und Kippunkte. D2030 – Deutschland neu denken e.V., Berlin, 2026



D2030

D2030 – Deutschland neu denken e.V.
Wiesenerstr. 36 | 12101 Berlin
E-Mail: info@d2030.de
Internet: www.d2030.de

In Kooperation mit:



Scenario Management International AG
Zukunftsmeile 2 | 33102 Paderborn
Telefon: +49 (0) 5251 - 871 888-0
E-Mail: info@scmi.de
Internet: www.scmi.de

foresightlab

foresightlab
Fließstraße 19 | D-12439 Berlin
E-Mail: info@foresightlab.de
Internet: www.foresightlab.de

Autor:innen



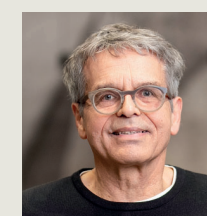
Dr. Alexander Fink
ScMI AG
Mail: fink@scmi.de



Hanna Rammig
ScMI AG
Mail: rammig@scmi.de



Beate Schulz-Montag
foresightlab
Mail: schulz-montag@foresightlab.de



Klaus Burmeister
foresightlab
Mail: burmeister@foresightlab.de

Herausgeber:



D2030

In Kooperation mit:



foresightlab

ISBN 978-3-00-085658-7